



Plenarprotokoll

104. Sitzung

Freitag, 20. November 2015

| | | | |
|--|------|---|------|
| Wahl des Landesbeauftragten für politische Bildung | 8743 | Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]..... | 8750 |
| | | Flemming Meyer [SSW]..... | 8752 |
| Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN sowie der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/3533 | | Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie..... | 8753 |
| | | Beschluss: Überweisung an den Wirtschaftsausschuss..... | 8755 |
| Eckpunkte der industriepolitischen Strategie des Landes | 8743 | Inobhutnahme von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen | 8755 |
| Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/3532 | | Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/3529 | |
| Christopher Vogt [FDP]..... | 8744 | Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/3590 | |
| Johannes Callsen [CDU]..... | 8745 | | |
| Olaf Schulze [SPD]..... | 8747 | | |
| Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... | 8749 | | |

| | | |
|--|------|--|
| Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung..... | 8755 | * * * * |
| Tobias von Pein [SPD]..... | 8756 | |
| Astrid Damerow [CDU]..... | 8757 | |
| Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... | 8758 | |
| Anita Klahn [FDP]..... | 8759 | |
| Angelika Beer [PIRATEN]..... | 8760 | |
| Lars Harms [SSW]..... | 8762 | |
| Beschluss: 1. Antrag Drucksache 18/3529 mit der Berichterstattung der Landesregierung erledigt | | |
| 2. Annahme des Antrags Drucksache 18/3590 als selbstständiger Antrag..... | 8763 | |
| Bestandsabbau ermöglichen - Belastungsspitzen abfedern | 8763 | |
| Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/3558 | | |
| Barbara Ostmeier [CDU]..... | 8763 | |
| Thomas Rother [SPD]..... | 8764 | |
| Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... | 8766 | |
| Wolfgang Kubicki [FDP]..... | 8767 | |
| Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]..... | 8769 | |
| Lars Harms [SSW]..... | 8770 | |
| Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa..... | 8772 | * * * * |
| Beschluss: Ablehnung..... | 8773 | |
| Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags | 8773 | |
| Drucksache 18/3569 | | |
| Beschluss: Annahme..... | 8773 | |
| | | Regierungsbank: |
| | | Torsten Albig, Ministerpräsident |
| | | Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten |
| | | Britta Ernst, Ministerin für Schule und Berufsbildung |
| | | Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa und Zweite Stellvertreterin des Ministerpräsidenten |
| | | Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten |
| | | Monika Heinold, Finanzministerin |
| | | Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie |
| | | Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung |

Beginn: 10:04 Uhr

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Ich eröffne die Sitzung. Erkrankt sind der Abgeordnete Dr. Kai Dolgner, die Abgeordnete Eka von Kalben und der Abgeordnete Dr. Ekkehard Klug. Wir wünschen ihnen von dieser Stelle gute Besserung.

(Beifall)

Bitte begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler der Käthe-Kollwitz-Schule in Kiel. - Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich darf Ihnen mitteilen, dass Tagesordnungspunkt 56, Folgen aus dem Gesetz zur Reform der Strukturen der Krankenhausversorgung für den UKSH-Neubau, von der Tagesordnung abgesetzt wird.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 14 auf:

Wahl des Landesbeauftragten für politische Bildung

Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN sowie der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/3533

Eine Aussprache findet gemäß § 1 des Gesetzes zur Einrichtung eines Amtes des Landesbeauftragten für politische Bildung nicht statt.

Ich lasse über den Wahlvorschlag in geheimer Wahl abstimmen und weise darauf hin, dass für die Wahl die Mehrheit der Mitglieder des Landtages - das sind 35 Abgeordnete - erforderlich ist.

Zum Wahlverlauf gebe ich Ihnen noch kurz folgende Hinweise: Sie haben die Möglichkeit, den Stimmzettel bei Ja oder Nein oder bei Enthaltung anzukreuzen. Für den Fall der Enthaltung mache ich darauf aufmerksam, dass Stimmenthaltungen die gleiche Wirkung haben wie Nein-Stimmen. Sie werden zügig durch die Schriftführerinnen und Schriftführer aufgerufen. Gehen Sie dann bitte zu dem Mitarbeiter des Saaldienstes zu meiner linken Seite und lassen sich Ihren Stimmzettel aushändigen. Kreuzen Sie ihn bitte in der Kabine hinter uns an. Danach geben Sie ihn bitte auf der anderen Seite des Präsidiums in der Wahlurne ab. Benutzen Sie nur die in der Wahlkabine bereitliegenden Stifte zur Stimmabgabe. Andere Kennzeichnungen, sonstige

Anmerkungen oder andere Schreibwerkzeuge führen zur Ungültigkeit des Stimmzettels.

Bevor wir in die Wahlhandlung eintreten, bitte ich jetzt die Schriftführer, sich davon zu überzeugen, dass die Wahlurne leer ist. - Meine Damen und Herren, der Wahlakt ist damit eröffnet. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die Namen aufzurufen und Sie dann, wenn Sie aufgerufen sind, auf meine linke Seite.

(Namensaufruf und Stimmzettelabgabe)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren! Bevor ich die Wahlhandlung schließe, frage ich, ob eine Abgeordnete oder ein Abgeordneter im Saal ist, die beziehungsweise der noch nicht gewählt hat. - Das ist nicht der Fall. Der Wahlakt ist damit beendet.

Ich unterbreche die Sitzung zur Auszählung der Stimmzettel für etwa 10 Minuten.

(Unterbrechung 10:18 Uhr bis 10:24 Uhr)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung wieder.

Von den 69 Abgeordneten waren vier nicht anwesend. Abgegebene Stimmen 65, gültige Stimmen 65. Mit Ja haben 53 Abgeordnete gevotet, mit Nein sieben, und es gab fünf Enthaltungen. Damit steht die Wahl fest.

(Beifall)

Der Wahlvorschlag hat somit die erforderliche Mehrheit der Mitglieder des Landtages erhalten. Herr Dr. Christian Meyer-Heidemann ist damit zum Landesbeauftragten für politische Bildung gewählt. Ich gratuliere ihm ganz herzlich im Namen aller Abgeordneten des Landtages. Die Wahl wollten Sie ja annehmen. - Jetzt haben Sie sie angenommen. Herzlichen Glückwunsch.

(Heiterkeit - Beifall)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 28 auf:

Eckpunkte der industriepolitischen Strategie des Landes

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3532

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Für

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

die antragstellende Fraktion hat der Herr Abgeordnete Christopher Vogt das Wort.

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Warum sind wir als FDP-Fraktion der Auffassung, dass unser Bundesland sich industriepolitisch deutlich besser aufstellen muss? Ganz einfach: Es geht uns um gut bezahlte **qualifizierte Arbeitsplätze**, damit einhergehend um bessere Chancen gerade für junge Menschen hier bei uns im Norden, am Ende natürlich auch ein höheres **Steueraufkommen** für unser Land, aus dem dann weitere Chancen entstehen können, wenn man dies denn richtig einsetzt.

Die Gewerkschaften - Herr Polkaehn ist heute hier - haben unser Bundesland in den vergangenen Jahren wiederholt als „Lohnkeller“ betitelt, als Lohnkeller der Republik; man kann auch sagen gebrandmarkt. Dies kann man aber aus meiner Sicht nicht den Arbeitgebern in Mittelstand und Handwerk zum Vorwurf machen. Man muss sich die **Wirtschaftsstruktur unseres Bundeslandes** anschauen. Dann wird man sehr schnell feststellen, dass es hier vergleichsweise wenig industrielle Arbeitsplätze und dafür zum Beispiel sehr viele im Tourismus gibt. Durch die vergleichbar niedrige Industrieproduktion verzeichnet unser Bundesland ein geringeres Wirtschaftswachstum als die anderen westdeutschen Flächenländer und hat damit auch entsprechend niedrigere **Steuereinnahmen**.

Wenn wir mehr industriepolitisches Engagement fordern, dann wollen wir keine staatliche Lenkung der Wirtschaft, sondern schlichtweg bessere Rahmenbedingungen für den Erhalt und die Schaffung entsprechender Arbeitsplätze, damit gerade junge, gut ausgebildete Menschen nach ihrem Schulabschluss, nach ihrer Ausbildung oder auch nach ihrem Studium zukünftig öfter in unserem Bundesland bleiben können oder herziehen, weil sie hier einen guten Job finden können.

Mehr industriepolitische Anstrengungen sind auch gerade deshalb geboten, weil die schleichende **Deindustrialisierung** Deutschlands in Schleswig-Holstein deutlich schneller voranschreitet als im Rest der Republik. Darauf muss man aus unserer Sicht reagieren.

Im vergangenen Jahr hat unsere Fraktion mit einer Landtagsinitiative ein „Industriepolitisches Konzept“ des Landes gefordert. Der DGB Nord hat das Thema dann ebenfalls auf seine Agenda gesetzt, die IHK Schleswig-Holstein hat eine Studie zur Indu-

strie in Schleswig-Holstein veröffentlicht, und die schriftliche Anhörung zu unserem Antrag hat im Ausschuss viel Zustimmung zu unserer Forderung und viele Vorschläge aus Verbänden, Kammern, Gewerkschaften und auch der Wissenschaft ergeben.

Wir begrüßen es auch ausdrücklich, dass es, Herr Minister, in Ihrem Hause jetzt ein **Industriereferat** gibt. Es ist gut, dass viele Akteure nicht nur erkannt haben, dass sich unser Land industriepolitisch wieder stärker engagieren muss, sondern auch entsprechend tätig geworden sind. Das Parlament sollte da nicht außen vor bleiben.

Unser Antrag wurde gerade in der vorvergangenen Woche im Ausschuss von der Regierungsmehrheit mit dem Hinweis vertagt, dass es in der nächsten Woche einen **industriepolitischen Kongress der Landesregierung** geben werde. Ich fand dies, Herr Kollege Tietze, bedauerlich, und ich halte es auch für ein sehr defensives Parlamentsverständnis, das Sie dadurch offenbart haben. Das teile ich nicht.

Andererseits muss ich sagen, es ist eigentlich auch egal, weil der Antrag bereits Wirkung gezeigt hat und wir aus den Ergebnissen der Anhörung bereits den jetzt vorliegenden Antrag formuliert hatten. Wir hatten ja ein industriepolitisches Konzept gefordert. Nun hat die Landesregierung verkündet, sie arbeite an einer industriepolitischen Strategie. Da wir Ihnen heute Eckpunkte für eine industriepolitische Strategie vorgelegt haben, sehen Sie, dass es für uns zweitrangig ist, wie das Kind am Ende heißt. Entscheidend ist, dass das Kind zur Welt kommt und kein ungeliebtes Stiefkind des Parlaments wird.

Wie ich Sie alle kenne, haben Sie unseren Antrag bereits mit großem Interesse verschlungen. Deswegen kann ich mich auf einige wenige Punkte konzentrieren. Ganz wichtig ist der Punkt **Standortmarketing**. Wir sind ein stolzes Tourismus- und Mittelstandsland, aber eben nicht ausschließlich, sondern wir sind auch ein Industriestandort. Das muss auch bundesweit und international stärker kommuniziert werden. Im Übrigen muss dies aber auch in unserem eigenen Land als Teil unserer Identität stärker kommuniziert werden.

Zur **Verkehrsinfrastruktur** erzähle ich Ihnen nichts Neues. Wichtig ist aus meiner Sicht - das hat auch der DGB betont - die stärkere Kooperation mit Hamburg. Da geht es vor allem um eine bessere Flächenplanung, um eine gemeinsame Landesplanung und auch um eine stärkere Kooperation der Häfen.

(Christopher Vogt)

Auch die **Stärkung von Forschung und Entwicklung** ist ein wichtiger Punkt. Ich nenne in diesem Zusammenhang auch den Bürokratieabbau und eine verbesserte Ansiedlungspolitik.

Abschließend möchte ich auf zwei weitere Punkte hinweisen. Der eine Punkt betrifft die **Energieversorgung**. Herr Kollege Matthiessen, dazu werden Sie uns sicherlich gleich wieder einiges erklären. Ich möchte dazu sagen, dass wir Stromexportland sind. Ich glaube, bevor wir den gesamten Strom nach Süden transportieren, Herr Energieminister, können wir den ja auch hier stärker als bisher verbrauchen. Insofern, glaube ich, gibt es in Schleswig-Holstein eine gute Energieversorgung. Deshalb wäre es richtig, ein **LNG-Terminal in Brunsbüttel** hinzubekommen, weil dieses dort nicht nur für eine bessere Energieversorgung sorgen würde, sondern auch für eine bessere Ressourcenversorgung.

Abschließend möchte ich noch darauf hinweisen, dass sich aus meiner Sicht durch die **Digitalisierung** die Industrie in den nächsten fünf oder zehn Jahren so stark verändern wird wie in den letzten 100 Jahren nicht. Ich glaube, gerade dies ist die große Chance für Schleswig-Holstein und Norddeutschland, industriepolitisch Boden gutzumachen. Deswegen braucht Schleswig-Holstein eine **digitale Agenda**, die eng mit einer industriepolitischen Strategie verknüpft wird.

Ich freue mich auf die Debatte und insbesondere auf die Vorschläge der Regierungskoalition. Bisher gibt es ja nur wenige Punkte, die wir da gehört haben. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, bevor wir zu den Rednern aus den Fraktionen kommen, möchte ich Sie bitten, mit mir den Vorsitzenden des DGB Nord, Herrn Uwe Polkaehn, zu begrüßen. - Herzlich willkommen zu dieser Debatte!

(Beifall)

Außerdem darf ich ganz herzlich den Kreispräsidenten von Ostholstein, Herrn Rüder, begrüßen. - Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Für die CDU-Fraktion hat jetzt der Herr Abgeordnete Johannes Callsen das Wort.

Johannes Callsen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Industrie fristet bei dieser Landesregierung ein Mauerblümchendasein. Wer die Szene beobachtet, weiß: Es gibt seit Jahren unter Rot-Grün-Blau keine **industriepolitischen Impulse**. Deshalb dürfte es in der Tat niemanden wundern, dass der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung in Schleswig-Holstein leider seit 2012 gesunken ist. Und es waren - Kollege Vogt hat darauf hingewiesen - erst Initiativen aus dem Parlament, die den Wirtschaftsminister auf Trab gebracht haben, worauf er dann eilig ein Industriereferat in seinem Haus gebildet hat. Aber ich sage Ihnen: Das reicht nicht aus.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Deswegen ist es gut, dass wir dieses wichtige Thema heute wieder hier im Parlament auf der Agenda haben.

Meine Damen und Herren, dass die Industrie von der Landesregierung so stiefmütterlich behandelt wird, ist angesichts der Tatsache, dass wir in einer vernetzten Weltwirtschaft leben und Schleswig-Holstein im Übrigen das einzige Bundesland mit hochseefähigen Häfen an gleich zwei Meeren ist, doch bemerkenswert. Es ist ein Alarmsignal, wenn mehr als die Hälfte der **Industrieunternehmen** in einer IHK-Umfrage, die auch schon zitiert wurde, den **Standort Schleswig-Holstein** als nur noch befriedigend oder sogar schlechter bewerten. Da ist es kein Wunder - wir haben oft genug darüber debattiert -, dass die Betriebe angesichts der rot-grün-blauen Standortbedingungen hier im Lande entsprechend frustriert sind.

Die Landesregierung überzieht die Unternehmen mit Misstrauen und Bürokratie, verschlechtert damit die internationalen Wettbewerbschancen unserer Industriebetriebe.

(Vereinzelt Lachen SPD)

Sie ist nicht in der Lage, Investoren Planungssicherheit für Erweiterungen und Ansiedlungen zu geben. Denn monatelang gab es keine Klarheit hinsichtlich der Investitionsförderung in Schleswig-Holstein; mehr als 120 Ansiedlungsanträge konnten schlichtweg nicht bearbeitet werden. Meine Damen und Herren, die **Landesregierung** behindert durch **ordnungsrechtliche Auflagen**, wie wir sie jetzt beim neuen Landesnaturschutzgesetz wieder erleben werden,

(Olaf Schulze [SPD]: Ah! Ja! - Oliver Kumbartzky [FDP]: Da hat er recht!)

(Johannes Callsen)

Betriebserweiterungen und Ansiedlungen. Ich sage Ihnen: Auch deswegen ist die Zahl neuer Ansiedlungen in Schleswig-Holstein unter Rot-Grün-Blau kontinuierlich zurückgegangen.

Ich komme zu einem **Standortfaktor**, der im Rahmen dieser Debatte wichtig ist: das **Industriegebiet Brunsbüttel**. Hier wird von der Landesregierung alles Mögliche angekündigt. Das einzig Konkrete, was wir jetzt im Ausschuss erfahren haben, ist, dass eine Schnellbuslinie geschaffen wird. Herzlichen Glückwunsch, kann ich da nur sagen. Nein, ich glaube, es ist vielmehr notwendig, dass jetzt bei der Vielzahl von Projekten nicht länger die Chancen vertan werden; sie müssen genutzt werden.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Aber es ist schon auch für Brunsbüttel nicht hilfreich, wenn sich der Staatssekretär, Herr Dr. Nägelle, öffentlich hinstellt und sagt, dieses Industriegebiet habe seinen Zenit überschritten, die Chemie allein sei nicht seligmachend.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Callsen, erlauben Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Matthiessen?

Johannes Callsen [CDU]:

Gerne.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kollege Callsen, der verkehrspolitische Sprecher Ihrer Fraktion hat einmal gesagt, die Fähre Brunsbüttel-Cuxhaven sei Blödsinn und entbehrlich. Nun gibt es sie. In diesem Zusammenhang wird auch die von Ihnen erwähnte Schnellbusverbindung geschaffen. Ist das aus Sicht der CDU nun gut oder schlecht?

(Volker Dornquast [CDU]: Das reicht aber nicht!)

Johannes Callsen [CDU]:

Genau. - Der Kollege Dornquast nimmt die Antwort vorweg. Ich habe doch nur darauf hingewiesen, dass dies das einzig konkrete Projekt ist, das Sie auf den Weg gebracht haben. Das reicht für die Industrie in Schleswig-Holstein nicht.

(Beifall CDU und Oliver Kumbartzky [FDP])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, erlauben Sie noch eine Nachfrage oder Anmerkung des Herrn Abgeordneten Matthiessen?

Johannes Callsen [CDU]:

Nein, ich glaube, die Antwort ist gegeben.

Meine Damen und Herren, der **Breitbandausbau** ist von dieser Landesregierung auf die lange Bank geschoben worden; er ist 2030 verschoben worden. Gerade in Bezug auf den Breitbandanschluss von Gewerbegebieten hören wir immer wieder, dass es erhebliche Probleme gibt und nötige Impulse fehlen.

Beim wichtigsten Standortfaktor, der **Infrastruktur**, tritt diese Landesregierung seit Langem auf der Stelle. Herr Minister, da nützen auch noch so viele PR-Aktionen Ihres Hauses wenig. Denn Fakt ist doch, dass es bei der A 20 nicht vorangeht, dass es bei der westlichen Elbquerung nicht vorangeht. Das einzige überregional wichtige Infrastrukturprojekt, das derzeit in Schleswig-Holstein erfolgreich läuft, ist der sechsspurige Ausbau der A 7, und der - ich darf daran erinnern - ist von der CDU beschlossen worden.

(Beifall CDU - Zuruf Christopher Vogt [FDP]: Aber nicht alleine!)

- Richtig, Herr Kollege Vogt, nicht alleine! - Anstatt jetzt Gas zu geben, verschreckt der Ministerpräsident die Industrie mit der Aussage im NDR, dass es sicherlich noch mindestens ein Jahrzehnt dauern wird, bis alles bei der A 20 fertig ist.

Nein, Herr Meyer, eine neue Imagekampagne kann dieses Versagen der Landesregierung bei den wichtigsten Standortfaktoren nicht überdecken.

(Beifall CDU)

Der **Antrag der FDP** greift viele wichtige und richtige Dinge auf: die Verbesserung der Infrastruktur, die Kooperation mit Hamburg in der Industriepolitik, bezahlbare Energie und vieles mehr. Wir unterstützen diese Forderungen aus voller Überzeugung. Aber ich sage auch: Wir warten im Wirtschaftsausschuss in der Tat seit mittlerweile anderthalb Jahren auf das industriepolitische Konzept - oder wie auch immer es heißen soll - dieser Landesregierung. Deswegen, Herr Meyer, sind wir gespannt, ob denn beim industriepolitischen Kongress

(Johannes Callsen)

nächste Woche endlich konkrete Maßnahmen vorgestellt werden oder es wieder nur ein PR-Ereignis mit viel heißer Luft wird. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat jetzt der Herr Abgeordnete Olaf Schulze das Wort.

Olaf Schulze [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eines wird mit dem vorliegenden Antrag besonders deutlich: Geduld scheint nicht die Stärke der Kolleginnen und Kollegen der FDP zu sein.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Überhaupt nicht!)

Anscheinend können Sie den **industriepolitischen Kongress**, der am kommenden Mittwoch in Büdelsdorf stattfindet, nicht erwarten. Ich persönlich finde es ja sinnvoll, zuerst mit allen Beteiligten zu sprechen und dann Entscheidungen zu treffen.

(Beifall SPD)

Dass Sie mit Ihrem Antrag die Ergebnisse des Kongresses vorwegnehmen, halte ich für wenig hilfreich. Lieber Kollege Johannes Callsen, die alten Kamellen, die wir jetzt schon seit Jahren hören, helfen da auch nicht weiter.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Schulze, erlauben Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Vogt?

Olaf Schulze [SPD]:

Immer wieder gern.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wird das eine Abschiedsrede?)

- Keine Angst! Sie müssen mich noch öfter ertragen.

Christopher Vogt [FDP]: Danke, Herr Kollege Schulze. - Ich habe ein gewisses Verständnis, dass Sie als designierter Bürgermeister stark auf die Exekutive schauen. Nun hatte ich auch erklärt, dass wir bereits im vergangenen Jahr im Ausschuss eine schriftliche Anhörung durchgeführt haben, wir dazu auch Gespräche geführt haben und unsere In-

itiative das Ergebnis dieser Anhörung ist. Insofern haben wir alle Betroffenen einbezogen. Der Antrag ist also das Ergebnis eines Beteiligungsverfahrens und nicht eine Vorwegnahme.

- Lieber Kollege, dann überrascht es natürlich schon, dass Sie den Antrag, den Sie jetzt gestellt haben, eine Woche nach Einladung zu dem Kongress in Büdelsdorf geschrieben haben

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da hat er doch abgeschrieben!)

und dann erst einmal geguckt haben, was darin steht, und dass Sie in Ihrem Antrag geschrieben haben, dass er auf Ihren ersten Antrag aufbaut. Dann hätten Sie den Antrag auch im Ausschuss stellen können.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

- Ich lese nichts vor, lieber Kollege Garg; das war nicht vorgelesen. Schauen Sie sich doch einfach die Daten an! Ich kann doch nichts dafür, dass Sie erst Maßnahmen der Regierung abwarten, um dann festzustellen: Oh, guck mal, da passiert tatsächlich etwas! Jetzt müssen wir als FDP uns noch einmal ganz schnell als Industriepartei profilieren,

(Zuruf Anita Klahn [FDP])

um dann noch schnell einen Antrag zu stellen, den Sie zum Beispiel auch letzte Woche im Ausschuss hätten stellen können, weil dies darauf aufbaut.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Schulze, Sie beantworten noch immer die Frage des Abgeordneten Vogt. Der möchte gern noch eine Frage stellen.

Olaf Schulze [SPD]:

Ja, kann er ja.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Dann darf er das jetzt. - Bitte schön.

Christopher Vogt [FDP]: Kollege Schulze, ich wollte Ihre Antwort nicht unterbrechen.

Olaf Schulze [SPD]:

Nö.

- Ich wollte noch einmal nachfragen und nicht aufgeben: Meinen Sie ernsthaft, dass, wenn die Landesregierung zu einer Veranstaltung einlädt, das **Parlament** keine **Initia-**

(Olaf Schulze)

tiven mehr auf den Weg bringen darf? Das ist ein erstaunliches Parlamentsverständnis für einen langjährigen Abgeordneten.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

- Das Parlament darf immer Initiativen in Gang bringen.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

Das ist auch gut und auch die Aufgabe eines Parlaments. Diese Initiative haben Sie auch schon mit Ihrem Antrag im letzten Jahr auf den Weg gebracht. Nur diese Initiative, wie Sie es selbst nennen, wie Sie selbst in Ihrem Antrag geschrieben haben, baut auf dem anderen auf. Insofern: Wir haben im Ausschuss die Anhörung durchgeführt. Ich frage Sie: Warum haben Sie diesen Antrag, den Sie heute hier beraten lassen, nicht im **Ausschuss** gestellt? Warum diskutieren wir das dann nicht im Ausschuss im Zusammenhang mit den Ergebnissen der Anhörung, die wir dort beraten? Es sind, wie Sie eben selbst gesagt haben, alles nur **Ergebnisse** aus der **Anhörung**, die Sie zusammengeschrieben und heute hier als Antrag eingebracht haben. Das hätten wir dann auch gut im Ausschuss machen können und müssen es nicht unbedingt hier diskutieren.

(Beifall SPD)

Aber das Gute an Ihrem Antrag ist, dass er mir die Gelegenheit gibt, einmal hervorzuheben, dass die **Landesregierung** bereits sehr gute **Aktivitäten** in der **Industriepolitik** verfolgt. Leider verschweigen Sie die meisten davon. So schreiben Sie in Ihrem Antrag, das Image Schleswig-Holsteins sei bisher vor allem durch die Landwirtschaft und den Tourismus geprägt. Das mag zu Zeiten der Vorgängerregierung unter Ihrem Ministerpräsidenten gegolten haben. Industriepolitik galt eine Zeit lang als Auslaufmodell, die Dienstleistungsgesellschaft wurde ausgerufen, auch gerade von Ihrer Partei. Seit der Wirtschaftskrise wissen wir, dass es richtig war, in Deutschland weiterhin ein starkes industrielles Rückgrat zu haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Tatsächlich ist **Schleswig-Holstein** schon seit Langem ein **Industriestandort**, wir haben in den letzten Jahren allerdings einen **Strukturwandel** durchmachen müssen. Ich denke da nur an die maritime Industrie. Schiffbau hat in Schleswig-Holstein eine lange Tradition. Wir haben in Schleswig-Holstein zahlreiche erfolgreiche Unternehmen im produzierenden Gewerbe. Gerade in den Bereichen Maschinenbau, chemische Industrie, Schienenfahrzeug-

technik und bei den erneuerbaren Energien sind wir weltweit erfolgreich. Dies gilt es, weiter zu unterstützen und auszubauen, und das tut die Landesregierung.

(Beifall SPD, Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Hierfür müssen wir auch als Bundesland werben. Deshalb ist es wichtig, auch auf der weltgrößten Industriemesse in Hannover mit einem eigenen Stand präsent zu sein, möglicherweise gemeinsam mit Hamburg. Vielfalt dafür ist in Schleswig-Holstein mehr als genug vorhanden. Wir haben mit Brunsbüttel einen starken Industriestandort, aber nicht nur da sind erfolgreiche Firmen aktiv. Auch im Hamburger Rand und in den kreisfreien Städten wie in ganz Schleswig-Holstein gibt es Weltmarktführer.

Schleswig-Holstein ist alles andere als ein schlechter **Industriestandort**. Das sagen vor allem die Unternehmen. Die IHK hat im Juni ein Papier zur Industriepolitik in Schleswig-Holstein herausgegeben. Dort wurden die Betreiber zur Standortbeurteilung befragt. Dabei beurteilen 88 % der Befragten den Standort mit den Schulnoten Eins bis Drei, rund die Hälfte sogar mit Gut oder Sehr gut. Von den Befragten wollen 6 % ihre Unternehmen verlagern, 2 % der Befragten ins Ausland - ich glaube, das ist eine gute Quote -, nur 4 % innerhalb Deutschlands.

(Zuruf Johannes Callsen [CDU])

Kein einziges Unternehmen aus Kiel zum Beispiel möchte verlagern. Dies sind schon gute Werte, denn Verlagerungen kommen immer wieder vor, vor allem auch im Hamburger Rand. Herr Callsen, vielleicht kommen Sie einfach einmal in den Hamburger Rand und schauen es sich dort an. Die **Industrie** wurde auch nach wichtigen **Standortfaktoren** gefragt. Ein wichtiges Thema der Zukunft wird der schnelle, umfangreiche Datenfluss sein. Hier spielt die Breitbandversorgung eine wichtige Rolle, gerade auch im Hinblick auf das Thema Digitalisierung und Industrie 4.0. Hier müssen wir Schleswig-Holstein fit für die Zukunft machen. Das fehlt leider ganz in dem Antrag der FDP, Herr Vogt. Davon haben Sie leider nichts drinstehen. Digitalisierung und Breitbandausbau, den Sie vorhin noch angesprochen haben, fehlen leider. Das Thema fehlt leider ganz im FDP-Antrag, und so ist es gut, dass die Landesregierung hier ein ganzes Stück vorangehen ist.

(Olaf Schulze)

(Beifall SPD, Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Flemming Meyer [SSW])

Ein weiterer wichtiger Standortfaktor ist die Frage der **Fachkräfte**, auch das fehlt leider im Antrag der FDP. Auch hier ist vonseiten der Landesregierung mit den Gewerkschaften und den Unternehmen eine Fachkräfteinitiative auf den Weg gebracht worden, die immer weiter entwickelt wird.

Wir sind auf einem guten Weg. Ich finde es beachtlich, dass die Landesregierung gemeinsam mit Unternehmen, Gewerkschaften, Kammern und Verbänden strategische Perspektiven erarbeitet hat und dies mit der Unterzeichnung der Strategie „Bündnis für Industrie in Schleswig-Holstein“ weiter getragen wird. Schleswig-Holstein braucht eine starke Industrie, und deshalb ist es gut, dass sich alle Beteiligten zusammensetzen und an einem Strang ziehen.

(Beifall SPD, Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Flemming Meyer [SSW])

Dies hat die Landesregierung mit ihrem industriepolitischen Konzept für Schleswig-Holstein gut vorangebracht. Lassen Sie uns die Chance nutzen und auf dieser Basis im Ausschuss einen gemeinsamen Antrag beschließen. Vielleicht bekommen wir es dort hin. Deswegen beantrage ich auch die Überweisung des Antrags von heute ebenfalls in den Ausschuss, damit wir das dann dort gemeinsam machen können. Ich glaube, dort wollten Sie ihn auch beraten.

(Beifall SPD, Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Flemming Meyer [SSW])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt Herr Abgeordneter Detlef Matthiessen das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Vielen Dank. - Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Bei der Reise unserer Wirtschaftsdelegation nach Abu Dhabi und in die Vereinigten Arabischen Emirate haben wir unter anderem die königlichen Ställe besucht und die tollen Araber, aber auch Holsteiner Pferde im Training beobachtet. Der Leiter der Stallungen, ein Inder,

hochkompetent auf seinem Gebiet, kennt Schleswig-Holstein nicht nur wegen der Hengstköruren in Neumünster, sondern er macht auch regelmäßig Urlaub auf Sylt. Er sprach von „our horse industry“.

(Zuruf)

- Wie bitte?

Wenn wir von **Pferdehaltung** reden, dann gehört das nach unserem Verständnis zur Landwirtschaft. Manche reden auch von Tourismusindustrie, Musikindustrie und so weiter. Tatsächlich leitet sich der Begriff **Industrie** aus dem lateinischen industria ab. Das bedeutet Fleiß und Betriebsamkeit. Als Industrie im engeren Sinne bezeichnen wir verarbeitendes Gewerbe. Es geht um Rohstoffe und Energie, es geht um einen hohen Grad an Automatisierung, um Energieverbrauch, um Größenordnungen, die eine aufwendige Arbeitsorganisation erfordern. Es geht um Arbeitsteilung. Es werden in Teilleistungen Vorleistungsgüter produziert, Investitionsgüter, Gebrauchsgüter, Verbrauchsgüter, Energieerzeugung und Umwandlung. Die Abgrenzung zum **Handwerk** ist fließend. Daher spricht man vom Bauhandwerk und irgendwann dann auch von Bauindustrie.

Nun hat das Land Schleswig-Holstein immer schon einen im Bundesvergleich niedrigeren Anteil des **verarbeitenden Gewerbes** an der Bruttowertschöpfung. Stark im Land sind Landwirtschaft und Tourismus sowie andere Sektoren. Traditionell reagiert unser Land auf konjunkturelle Auf- und Abschwünge der Volkswirtschaft verhalten. Sie alle kennen sicherlich das Hazy-Osterwald-Quartett mit seinem berühmten Lied:

„Geh'n Sie mit der Konjunktur ...
Geh'n Sie mit auf diese Tour ...
Nehm'n Sie sich ihr Teil, sonst schäm' Sie sich,
und später geh'n Sie nicht zum großen Festbankett.“

Schleswig-Holstein geht zwar auch zum Festbankett, aber eben langsamer und steht auch nicht ganz vorne am kalten Büfett. Demgegenüber reißen uns Abschwünge weniger nach unten. Deutlich wird das immer, wenn die Autos sich mal gut oder mal schlecht verkaufen. Das schlägt bei uns im Land eben nur sehr gedämpft durch.

Das schicke ich deswegen voraus, weil der Antragsteller, der geschätzte Kollege Christopher Vogt,

(Christopher Vogt [FDP]: Nun schleimen Sie sich nicht wieder ein!)

(Detlef Matthiessen)

fordert - wörtlich! -, dass Schleswig-Holstein bis 2030 bei entsprechenden wirtschaftlichen **Kennzahlen** wieder mindestens den **Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer** erreicht.

Herr Vogt, gestern waren es die 8 % Kosten, die die neue Wärmeschutzverordnung kosten würde. Nun ist heute die Frage: Was stimmt an dieser FDP-Forderung nicht? - Richtig, das Wort „wieder“. Wir lagen nie im Bundesdurchschnitt. Wenn wir die FDP wählen, kommen wir dahin. Wie die FDP das machen will, verrät die FDP uns dann hinterher. Die FDP will wieder einmal die Koalition zum Jagen tragen. Ohne liberale Anträge wären wir nicht auf den Gedanken gekommen, uns mit Industriepolitik zu beschäftigen.

(Demonstrativer Beifall FDP und Volker Dornquast [CDU])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Matthiessen, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Vogt?

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nein, danke, ich möchte gern zum Ende kommen. Herr Vogt, die FDP tut immer so wirtschaftskompetent. Sie stehen da schon wieder am Mikrofon. Sie steht in der politischen Landschaft wie der Scheinriese in Michael Endes Geschichte von Momo: Je dichter man an ihn herankommt, desto kleiner wird er.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Es ist diese Koalition, unser Wirtschaftsminister Reinhard Meyer, die von Industriepolitik nicht nur redet, sondern sie auch macht.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wo denn?)

Wir reparieren und sanieren **Verkehrswege** wie keine Landesregierung zuvor.

(Lachen, Beifall, Zurufe CDU und FDP)

Wir bringen die **Breitbandversorgung** voran wie keine Landesregierung zuvor.

(Unruhe)

Ich erwähne das deshalb, weil die IHK in ihrem Industriepapier bei der Unternehmensumfrage das an erster Stelle der Maßnahmen verortet hat. Wir bringen die **Energiewende** voran wie keine Landesregierung zuvor. In diesem Jahr wird voraussichtlich

der Wert von 6 GW Windenergieanlagen überschritten.

(Anhaltende Unruhe)

Der **Netzausbau** in Mitte, West und Ost schreitet voran.

Ich breche an dieser Stelle ab - nicht mangels Masse; diese Landesregierung muss sich nicht verstecken, was Industriepolitik anbelangt. Liebe FDP, lieber Johannes Callsen, reden Sie unser Land nicht schlecht! Wir machen fortschrittliche Industriepolitik. Sie hatten gar kein Industriereferat. Das hat diese Landesregierung erst eingerichtet. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit, meine Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Zurufe CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, bitte begrüßen Sie mit mir den ehemaligen Kollegen, MdL a. D., den Landrat des Kreises Ostholstein, den Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages und den Präsidenten des Deutschen Landkreistages, Reinhard Meyer, recht herzlich auf der Tribüne.

(Heiterkeit und Zurufe)

- Reinhard Sager! Entschuldigung. Das war jetzt die Pointe.

(Beifall)

Ich habe so viele Titel genannt, da kamen mir die ganzen Funktionen des Ministers in den Sinn, der hier auf meiner Liste steht. - Herr Landrat, seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Hauke Götsch [CDU]: Herr Meyer, Sie wissen, wohin es nachher geht! - Unruhe)

- Der Mensch braucht Vorbilder. - Wir fahren in der Debatte fort, und für die Piratenfraktion hat jetzt Herr Dr. Patrick Breyer das Wort.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Meine verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Unser Wirtschaftsminister Reinhard Meyer, von dessen zusätzlichen Funktionen ich eben erst erfahren habe, arbeitet an einer **industriepolitischen Strategie**, und zwar wie immer - das muss man leider sagen, Herr Minister - intransparent und unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Lassen Sie mich fünf Anmerkungen dazu machen.

(Dr. Patrick Breyer)

Der erste **Grundfehler** ist, heute, im Jahr 2015, überhaupt eine **Strategie allein für den Industrie-sektor** vorzulegen, der in Schleswig-Holstein 15 % zur Wertschöpfung beiträgt und oft in widerstrebendem Interesse zu anderen Bereichen unserer Wirtschaft und unseres Landes steht. Es geht nicht darum, die Bedeutung des Sektors herunterzureden, richtig ist aber, dass seine Bedeutung eher rückläufig ist und der Strukturwandel normal ist. Schleswig-Holstein ist kein Industrieland, und so möchten wir es auch behalten.

Der zweite Grundfehler ist - und das hat die Anhörung ergeben -, eine **Strategie allein für Schleswig-Holstein** aufzustellen. Dass wir uns als Länder in Deutschland gegenseitig Konkurrenz machen, ist der falsche Weg. Ein Denken in Landesgrenzen statt etwa in den Grenzen der Metropolregion Hamburg ist, gerade im industriepolitischen Bereich, falsch. Schließlich befinden sich 88 % der Industriebetriebe in Schleswig-Holstein im Bereich der Metropolregion.

Deswegen kritisiert auch die Studie „Perspektiven der Industriepolitik“, die von den Gewerkschaften in Auftrag gegeben wurde, „eine fehlende Zusammenarbeit der norddeutschen Bundesländer, die zu wenig sinnvollen Parallelentwicklungen in Norddeutschland führt“. Das „beste“ Beispiel dafür ist die sogenannte Multi Purpose Pier in Brunsbüttel, ein Prestigeprojekt dieser Landesregierung, bis heute ohne wirtschaftlich tragfähiges Konzept auf dem besten Weg, zu einer Investitionsruine zu werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der FDP-Fraktion, die in Ihrem Antrag geforderte Kooperation nur mit Hamburg greift zu kurz; wir brauchen eine Kooperation der Wirtschaftsregionen der norddeutschen Bundesländer.

Drittens. Die Anhörung hat ergeben, dass die **Rahmenbedingungen für die Industrie**, zum Beispiel was die Verkehrsanbindungen angeht, schlecht sind. Die Ursache dafür ist vor allem die rückwärts-gewandte einzelbetriebliche Förderung einzelner Unternehmen, statt Strukturen zu fördern und aufzubauen, von denen alle Unternehmen profitieren könnten. Das ist und bleibt ein Fehler. Sie haben diesen Punkt aus dem Koalitionsvertrag gebrochen.

(Beifall PIRATEN und Oliver Kumbartzky [FDP])

Viertens. Jetzt komme ich speziell auf den Antrag der FDP zu sprechen. Leider finden wir in Ihrem Antrag genauso wie im Konzept des Wirtschaftsministers keinerlei Erwähnung des **Willens der Bürger**. Was möchten eigentlich die Menschen in

unserem Land? Dabei ist doch heute allen klar, dass Bürgerbeteiligung die Grundvoraussetzung dafür ist, Projekte - welcher Art auch immer - überhaupt realisieren zu können. Deswegen fordern wir PIRATEN eine frühzeitige Bürgerbeteiligung mit offener Bedarfs- und Alternativprüfung. Anders können auch industriepolitische Projekte nicht gelingen.

(Beifall PIRATEN)

Auch den Konflikt zwischen der offenbaren Übermacht der Wirtschaft und Mitbestimmung der Bürger wird in Ihrem Papier nicht angesprochen. Dabei werden immer mehr Fragen dringender in der öffentlichen Debatte. Ich nenne nur einmal das Beispiel Windkraftanlagen, wo es einen Konflikt gibt. Ich nenne das Beispiel Freihandelsabkommen, wo die Menschen in Massen auf die Straße gehen und gegen den Versuch demonstrieren, industriepolitische Interessen gegen Demokratie und Menschenrechte in Europa auszuspielen. - Herr Präsident, ich lasse gleich die Zwischenfrage zu. - Ich nenne aber auch den Bereich der Nebeneinkünfte von Abgeordneten, die sie oftmals von Wirtschafts- und Industrieunternehmen beziehen, die in Schleswig-Holstein bis heute nicht veröffentlicht werden.

Mit anderen Worten: Die **Wirtschaftspolitik** muss heute auch **Wirtschaftsethik** umfassen. Es darf kein Konzept geben, das diesen Aspekt ausklammert. - Jetzt, Herr Vogt.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Dr. Breyer, Sie gestatten eine Zwischenfrage. Dann haben Sie das Wort, Herr Abgeordneter Vogt.

Christopher Vogt [FDP]: Herr Kollege Dr. Breyer, ich finde den Punkt mit der **Bürgerbeteiligung** hochinteressant. Es gibt ja die Möglichkeit, wenn man Anträge vorlegt, dass man Gegenvorschläge macht. Ich habe noch keinen Vorschlag der PIRATEN gesehen, wie das umgesetzt werden soll. Wir haben uns zunächst auf die industriepolitischen Entscheidungsträger, Verantwortungsträger, konzentriert, Hochschulen, Kammern, Verbände, Unternehmen, und haben aus deren Rückmeldungen die aus unserer Sicht wichtigsten Punkte herausgenommen. Vielleicht können Sie mir einmal erklären, wie Sie die Bürgerbeteiligung stärken wollen; das habe ich noch nicht ganz verstanden.

Ich möchte Sie einen zweiten Punkt fragen: Können Sie mir bestätigen, dass der Schein-

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

riese aus Jim Knopf ist und nicht aus Momo und dass der Kollege Matthiessen auch davon offenbar keine Ahnung hat?

(Beifall FDP und CDU - Zurufe)

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Kollege Vogt, mit Scheinriesen kenne ich mich nicht gut genug aus, um mich dazu äußern zu können. Ich habe versucht, in meiner Rede deutlich zu machen, dass die Kritik ist, dass ein Konzept allein für Industriepolitik und allein für Schleswig-Holstein überhaupt keinen Sinn macht. Das erklärt vielleicht auch ein Stück, dass wir selbst kein solches Konzept vorschlagen.

Was Bürgerbeteiligung angeht, habe ich versucht, deutlich zu machen, dass es nicht reicht, nur mit der Industrie zu sprechen, sondern dass man auch mit den Bürgern sprechen muss, die von solchen Projekten betroffen sind, dass es nicht gelingen kann, Strukturen zu entwickeln oder zu verändern, ohne die Menschen einzubeziehen und zu fragen, was sie eigentlich wollen, zumal in einem Land, das sich gern als Wachstumsgebiet bezeichnet, das auf Tourismus setzt. Da besteht natürlich ein Interessenkonflikt. Das muss man offen ansprechen und ehrlich mit den Menschen besprechen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP-Fraktion, **Deregulierung** pauschal als Ziel vorzugeben, wie Sie es mit Ihrem Antrag tun, ist ebenso abzulehnen, wie pauschal für **niedrigere Energiepreise** einzutreten, weil doch gerade die Befreiung der Industrie von der Zulage dazu führt, dass die Energiepreise für die Bürgerinnen und Bürger zu hoch sind.

Schließlich kein Wort in Ihrem Antrag zum Megatrend **Digitalisierung**. Wie verhält es sich in Zeiten der Massenüberwachung mit dem Schutz von Geschäftsgeheimnissen, auf den auch die Industrie angewiesen ist? Warum behandeln Sie diesen Aspekt überhaupt nicht? Das hier in der Rede anzusprechen, reicht nicht, auch nicht, hier eine digitale Agenda zu fordern, während wir PIRATEN längst dabei sind, eine zu erarbeiten, und das im Internet mit Bürgerbeteiligung.

(Zurufe FDP: Wo ist sie denn?)

- Das ist im Internet zu finden, liebe Kolleginnen und Kollegen, das können Sie gern nachlesen unter www.digitaler-kompass.de.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Kommen Sie bitte zum Ende.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Wir haben morgen eine Veranstaltung dazu im Landeshaus. Auch Sie sind natürlich herzlich dazu eingeladen.

Ich hoffe, dass es gemeinsam mit den Akteuren und der Öffentlichkeit gelingt, hier einen besseren wirtschaftspolitischen Ansatz zu erarbeiten, als er von der Landesregierung geplant oder von der FDP vorgelegt worden ist. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat jetzt Herr Abgeordneter Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollege! Die Anhörung im Wirtschaftsausschuss zum Antrag der FDP zur Erarbeitung eines industriepolitischen Konzepts hat deutlich gemacht, dass Schleswig-Holstein nicht gerade den Ruf eines großen Industriestandorts hat. Vielmehr wird das **Bild von Schleswig-Holstein** außerhalb des Landes von Landwirtschaft und Tourismus geprägt - was an sich gar nicht schlecht ist, aber das darf natürlich nicht alles sein.

Der Standort Schleswig-Holstein muss für die Industrie attraktiver werden. Das ist aber leichter gesagt, als getan. Die industrieferne wirtschaftliche Entwicklung des Landes reicht Jahrzehnte zurück. Am 23. Oktober diesen Jahres wurde ein Buch über den früheren SSW-Politiker Berthold Bahnsen veröffentlicht. Es ist sehr interessant, wenn man dieses Buch liest, was Berthold Bahnsen gerade in den 60er-Jahren, Ende der 60er-Jahre, zum **Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein** gesagt hat. Damals lagen wir im bundesdeutschen Ranking beim Thema Wirtschaft auf dem allerletzten Platz. Berthold Bahnsen hat immer darauf hingewiesen, wie wichtig es sei, industriewirtschaftlich hier ein anderes Standbein zu finden. Damals hat man immer wieder nur auf **Bundeswehrliegenschaften** für die Schaffung von Arbeitsplätzen gesetzt. Er hat aber schon damals gesagt: Irgendwann werden wir hier wieder abrüsten, und dann ist es wichtig, dass man vorgesorgt hat und dass wir gute industrielle Arbeitsplätze haben. - Bloß wollte damals keiner auf ihn hören.

(Flemming Meyer)

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Wer hat denn Brunsbüttel geschaffen?)

Das zeigt also, dass es auch früheren Landesregierungen nicht gelungen ist, den Standort Schleswig-Holstein als Industriestandort zu etablieren und voranzubringen. Damit stehen wir heute vor den Versäumnissen von früher und befinden uns in einem Aufholprozess, den wir in Gang gesetzt haben.

Das Ergebnis der Anhörung ist gerade vonseiten der wirtschaftsnahen Verbände davon geprägt, dass im Bereich der **Industrieansiedlung** oder der Standortbedingungen in Schleswig-Holstein mehr gemacht werden muss. Der Fokus auf die Industrie müsse verstärkt werden. Zudem fehle es an einem industriepolitischen Konzept für das Land. Die Erwartungen und Forderungen an die Politik sind sehr groß. Viele der in der Anhörung vorgebrachten Forderungen und Anregungen können wir als SSW durchaus unterstützen.

Nun wollen wir uns aber auch nicht kleiner reden als wir sind. Wir haben durchaus Erfolge in Schleswig-Holstein zu verzeichnen. Allen voran können wir feststellen, dass sich die **Windenergiebranche** in Schleswig-Holstein etabliert und zu einem Erfolgsmodell entwickelt hat. Aber auch in anderen Bereichen ist es Unternehmen gelungen, eine gute Positionierung zu erreichen. Zu nennen ist hier der **Bereich des Spezialmaschinenbaus**, der sich auch global etabliert hat, oder der Bereich spezieller Werkzeugmaschinen. Ebenso ist es etlichen Unternehmen im Land gelungen, im Bereich der **Medizintechnik** innovative Entwicklungen hervorzu bringen, die sich durchaus im globalen Wettbewerb behaupten können.

Die Wirtschaftsstruktur bei uns im Land fußt auf kleinen und mittelständischen Unternehmen. Dies gilt auch für die eben genannten Bereiche. Dort müssen wir ansetzen, wenn wir über Industriepolitik in Schleswig-Holstein reden, denn wir haben erfolgreiche Industriebereiche im Land. Ein großer Teil ihres Erfolges liegt in der **Innovationskraft** dieser Unternehmen und in dem Mut zur Internationalisierung.

Der noch in diesem Monat stattfindende industriepolitische Kongress, zu dem die Landesregierung alle in Schleswig-Holstein beteiligten Verbände und Organisationen eingeladen hat, ist ein Startschuss, um gemeinsam zu einer modernen industriepolitischen Strategie für das Land zu gelangen.

Welche Art von Industriepolitik passt zu uns, zu unserer Struktur? Was sind die Märkte der Zukunft? Und wie können wir daran teilhaben? Wie

sieht eine zukunftsorientierte und innovative Industrie für Schleswig-Holstein aus? Was kann Politik tun, um die Ansiedlung und Entwicklung von Industrieunternehmen zu fördern? - Das sind die Fragen, auf die wir Antworten brauchen. Der Kongress kann diese Antworten geben. Daher sollten wir das Ergebnis dieses Kongresses abwarten und dem Ergebnis nicht vorgreifen. Aus diesem Grund plädiere auch ich dafür, dass wir den Antrag an den Ausschuss überweisen und von dort aus weiterarbeiten. - Jo Tak.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen aus dem Parlament liegen nicht vor, dann hat jetzt für die Landesregierung der echte Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, Reinhard Meyer, das Wort.

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Vielen Dank, Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Landrat Sager, wir können vielleicht einmal eine Woche tauschen, anschließend weiß dann wieder jeder im Land, wer was macht. Da bin ich mir ganz sicher.

Meine Damen und Herren, über Industriepolitik reden viele. Das gilt für den DGB, das gilt für die Einzelgewerkschaften, das gilt für die Hans-Böckler-Stiftung, die vieles untersucht hat, das gilt für die Industrie- und Handelskammern und für den Leitantrag des letzten SPD-Landesparteitags im März diesen Jahres, und das gilt auch für die FDP. Das ist auch gut so.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Wir haben in der Landesregierung bereits Eckpunkte für eine **industriepolitische Strategie** verabschiedet, nämlich vor zwei Monaten, am 22. September 2015, im Kabinett zur Vorbereitung des industriepolitischen Kongresses, den wir am 25. November 2015 gemeinsam erleben werden. Wir wollen gemeinsam mit Unternehmen, mit Kammern, mit Verbänden, mit Gewerkschaften diskutieren. Sie sehen, die entscheidenden Weichen dafür, das Thema Industriepolitik strategisch für Schleswig-Holstein zu diskutieren, sind bereits gestellt. Ich freue mich natürlich, dass die FDP-Fraktion dabei ist. - Herzlich willkommen!

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

(Minister Reinhard Meyer)

Wir haben bereits heute über 250 Anmeldungen zu diesem Kongress. Wir wollen fünf Kernfragen einer industriepolitischen Strategie für Schleswig-Holstein diskutieren:

Erstens geht es um das Thema **Marketing und Akzeptanz**. Es geht um die bessere Wahrnehmung Schleswig-Holsteins als leistungsfähiger und innovativer Industriestandort. Es geht um die Frage der Akzeptanz von Industriebetrieben in Politik und Gesellschaft und darum, wie das gefördert werden kann. Dazu passt die neue Standortkampagne für den echten Norden, die wir Anfang letzter Woche vorgestellt haben.

Zweitens beschäftigen wir uns natürlich mit dem Thema **Fachkräftesicherung** für unsere Industrie. Das heißt, vor allen Dingen werden wir uns mit der Frage beschäftigen, wie wir dauerhaft in Schleswig-Holstein die Fachkräfte bekommen können, die wir in der Industrie brauchen. Dazu ist die Fachkräfteinitiative ein gutes Instrument.

(Beifall SPD und Dr. Andreas Tietze
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine Damen und Herren, das dritte Thema ist die **Energiewende** und natürlich die Frage, wie wir als Land der erneuerbaren Energien dafür mehr Wertschöpfung im Land Schleswig-Holstein halten können. Ich hatte schon an anderer Stelle auf das gemeinsame Projekt mit Hamburg hingewiesen, „Norddeutsche Energiewende 4.0“, bei der das zum zentralen Zukunftsthema - auch technologisch - gemacht worden ist und wo wir noch einiges erleben werden.

Darüber hinaus werden wir uns viertens mit dem Top-Thema Digitalisierung Industrie 4.0 beschäftigen und natürlich mit der für Schleswig-Holstein traditionell sehr wichtigen maritimen Industrie als fünften Punkt.

Insgesamt geht es darum, dass wir Impulse von den Teilnehmern bekommen wollen. Wir wollen nicht über die Industrie diskutieren, sondern wir wollen mit der Industrie und ihren Gewerkschaften gemeinsam darüber reden, wie wir mehr Industriepolitik für Schleswig-Holstein wagen können.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und SSW)

Dazu werden wir symbolisch ein Bündnis für Industrie in Schleswig-Holstein ins Leben rufen. Gemeinsam mit dem Unternehmerverband Nord und dem DGB Nord werden wir das in der nächsten Woche unterzeichnen.

Meine Damen und Herren, dann kommt es darauf an, dass wir all das, was wir diskutieren, in konkrete Handlungsansätze umsetzen. Wir betrachten Industriepolitik in Schleswig-Holstein als **Langzeitaufgabe**. Das neu gegründete Referat Industriepolitik bei mir im Haus wird diesen Prozess begleiten.

Apropos, Herr Callsen, das hätten vier meiner Vorgänger in den Vorgängerlandesregierungen, die das CDU-Parteibuch hatten, alles schon längst machen können.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Callsen, insofern zeigt mir Ihre Rede wieder, dass Sie den Zenit überschritten haben und nicht andere, von denen hier die Rede war.

Ich will auch noch einmal etwas zu **Brunsbüttel** sagen, weil Sie das kritisiert haben. Wer redet über die Multi-Purpose-Pier? - Wir, die Landesregierung. Wer redet darüber, dass wir den dreistreifigen Ausbau der B 5 durch einen Planfeststellungsbeschluss bis Wilster West untermauert haben? - Wir, diese Landesregierung. Wer redet über LNG? - Diese Landesregierung.

(Beifall Lars Winter [SPD])

Und wer redet gemeinsam mit dem Hafen Brunsbüttel über die Kooperationen der Häfen in der Elberegion? - Wir, diese Landesregierung.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und SSW - Jens-Christian Magnussen
[CDU]: Wer hat die Kooperationsvereinbarung unterzeichnet?)

Meine Damen und Herren, das gilt auch für die **industriepolitische Kooperation** besonders mit Hamburg. Wir reden gemeinsam mit Hamburg. Da ist in der letzten Zeit viel passiert, nämlich über ein gemeinsames Gewerbegebiet zwischen der Gemeinde Stapelfeld in Stormarn und Hamburg-Wandsbek. Wir treten auch gemeinsam mit Hamburg auf. Im letzten Jahr war ich mit dem Kollegen Horch in der Türkei, und aktuell letzte Woche war ich mit dem Ersten Bürgermeister in Shanghai. Da ging es um das Thema Industrie 4.0 und das, was schleswig-holsteinische Unternehmen in der Welt leisten können, um hier am Standort Schleswig-Holstein eine schlagkräftige Industrie zu haben.

Meine Damen und Herren, wir sind auf dem richtigen Weg. Wir sind das auch bei dem Thema **Zusammenarbeit mit den Hochschulen**. Wir arbeiten an der Infrastruktur, insbesondere an dem, was beim Thema Industrie 4.0 wichtig ist, dem **Ausbau**

(Minister Reinhard Meyer)

der Breitbandstruktur für Schleswig-Holstein. Die entsprechenden Berichte liegen vor.

Mein Fazit lautet daher: Die Erarbeitung eines industriepolitischen Konzepts für Schleswig-Holstein läuft bereits auf Hochtouren. Die Landesregierung hat das Thema frühzeitig erkannt und gehandelt. Lassen Sie uns gemeinsam so weitermachen. - Danke.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Die Landesregierung hat die vereinbarte Redezeit um 1 Minute überzogen. Die hätten Sie jetzt noch. Aber weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Für die Drucksache 18/3532 ist Überweisung an den Wirtschaftsausschuss beantragt worden. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist sie einstimmig in den Wirtschaftsausschuss überwiesen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 25 auf:

Inobhutnahme von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/3529

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/3590

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Einstimmig so beschlossen.

Ich erteile für die Landesregierung der Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung, Kristin Alheit, das Wort.

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich bedanke mich sehr dafür, dass heute Gelegenheit besteht, über die **Situation der unbegleiteten minderjährigen**

Flüchtlinge im Land zu reden, denn der derzeitige Zustrom von Flüchtlingen betrifft tatsächlich die Gruppe der unbegleiteten Minderjährigen ganz besonders. Ich will - damit es meine Redezeit nicht zu sehr beansprucht - die Abkürzung „umA“, die seit dem letzten Bundesgesetzgebungsverfahren verwendet wird, auch in meiner Rede verwenden. Das ist die Abkürzung für unbegleitete minderjährige Ausländer.

Laut dem Bundesverwaltungsamt waren am 10. November 2015 im gesamten Bundesgebiet 54.000 und in Schleswig-Holstein allein 2.402 umA registriert. Zuständig für die **Unterbringung** sind die Jugendämter der Kreise und der kreisfreien Städte. Dabei gab es bisher bei den umA keinerlei Verteilmodus zwischen den Kreisen und kreisfreien Städten - nicht hier im Land und auch insgesamt nicht zwischen den Ländern. Dort, wo sie aufgegriffen wurden, mussten sie vom zuständigen Jugendamt in Obhut genommen werden. Folge dabei war eine höchst **ungleich verteilte Aufgabenlast**, die in den am stärksten geforderten Kommunen bei uns - denjenigen, die an der A 7 gelegen sind -, kaum noch zu ertragen war. So hatte letzte Woche die Stadt Neumünster 417 umA zu betreuen. Demgegenüber gab es relativ viele Kreise, die lediglich zwischen 30 und 40 umA unterzubringen hatten.

Seit dem 1. November 2015 gilt nun das Gesetz zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher. Es beinhaltet eine bundesweite Verteilung von umA gemäß dem Königsteiner Schlüssel sowie eine Verteilung innerhalb der Länder. Ob Schleswig-Holstein in diesem Verfahren mittelfristig ein abgebendes oder ein aufnehmendes Land sein wird, lässt sich derzeit noch nicht prognostizieren. Aber eines ist ganz klar: Aufgrund des hohen Zustromes müssen wir insgesamt in Schleswig-Holstein in jedem Fall absolut mit steigenden Zahlen rechnen.

Die **Unterbringung** von umA erfolgt grundsätzlich nach den **allgemeinen Jugendhilfsvorgaben des SGB VIII** sowie den landesrechtlichen Konkretisierungen. Für die Kommunen ist allerdings eine Umsetzung dieser Vorgaben aufgrund des derzeitigen Zustromes faktisch unmöglich. Sie sind aufgrund ihrer Kapazität im Moment überhaupt nicht in der Lage, die benötigten **Ausbauanstrengungen** aufgrund dieser hohen Zugangszahlen rechtzeitig zu unternehmen. Diese besondere Lage verlangt dann auch von den örtlichen Jugendämtern bei ihren Unterbringungsentscheidungen und von uns als Landesjugendamt bei der Genehmigung von Ein-

(Ministerin Kristin Alheit)

richtungen eine überaus verantwortungsvolle Abwägung.

Darüber gibt es seit geraumer Zeit ganz intensive Gespräche und Abstimmungsprozesse zwischen allen Beteiligten. Das Ergebnis dieser Abwägung lautet, dass eine zeitlich befristete Unterbringung, abweichend von den üblichen Jugendhilfestandards, im Sinne des Kindeswohls in Kauf genommen werden muss.

(Unruhe - Glocke Präsident)

Die Alternative, um das einmal ganz klar zu sagen, wäre, an verschiedenen Stellen die Obdachlosigkeit von Minderjährigen in Kauf zu nehmen. Das Landesjugendamt hat diese Entscheidung in Absprache mit den örtlichen Jugendhilfeträgern in Form von Eckpunkten für Unterbringung, Versorgung und Betreuung von umA konkretisiert. Maßstab ist, eine **Notversorgung** bei gleichzeitiger **Berücksichtigung des Kindeswohls** für die umA an jeder Stelle zu gewährleisten. Meine Staatssekretärin Anette Langner hat diese Eckpunkte in der vergangenen Woche im Sozialausschuss bereits vorgestellt. Sie liegen Ihnen auch als Umdruck vor.

Bei der Unterbringung von umA wird von räumlichen Standards der Jugendhilfe abgewichen. Die entsprechenden Baulichkeiten können im Moment schlicht in so kurzer Zeit nicht geschaffen werden, wie es der Zustrom notwendig machen würde. Abgewichen wird auch von den üblichen personellen Standards. Auch die für die **pädagogische Arbeit** in Einrichtungen erforderliche **Betreuungsrelation** ist kurzfristig nicht darstellbar. Dies betrifft einerseits die Unterbringung von umA in den stationären Einrichtungsformen, die das SGB VIII kennt, es betrifft aber auch quantitativ überwiegend eigene Einrichtungsformen.

Das sind sogenannte **Inobhutnahme-Übergangslösungen**. Diese Einrichtungen sind förmlich genehmigungspflichtig. Sie haben aber angesichts der Gegebenheiten einen reduzierten Ausstattungs- und Betreuungsstandard. Es geht hier wirklich darum, vorübergehend sichere Unterbringung mit pädagogischen Mindestbetreuungsstandards zu halten: über mindestens 15 Stunden täglich sowie außerhalb der Betreuungszeiten die Gewährleistung der Sicherheit sowie entsprechendes Personal.

Weiter können sogenannte **Versorgungseinrichtungen** zur Sicherstellung eines Mindestschutzzumfangs für umA genehmigt werden. Hier ist die gleichzeitige Unterbringung von bis zu 20 umA je Gruppe möglich, wobei eine pädagogische Betreu-

ung durch drei Fachkräfte und drei sozial erfahrene Personen je Betreuungseinheit vorausgesetzt wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ja - um es ganz klar zu sagen -, das ist eine **Ungleichbehandlung** gegenüber dem allgemeinen Jugendhilfestandard, an den wir nicht heran und den wir - Sie wissen das - durch unsere neue KJVO tendenziell sogar verbessern wollen. Zu rechtfertigen ist dies nur durch die objektive Unmöglichkeit für die örtlich zuständigen Jugendämter, zurzeit eine **standardkonforme Unterbringung** für die große Masse der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge zu realisieren, wobei - das muss man auch ganz klar sagen - das derzeit kein einziges Bundesland anders macht.

Perspektivisch - es ist mir ganz wichtig, das deutlich zu machen - muss es darum gehen, so schnell wie möglich die Kapazitäten zu schaffen, die Betreuung zu ermöglichen, die den Jugendlichen gerecht wird und die das notwendige Fundament für ihre **Integration** in unsere Gesellschaft bilden kann.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das, meine Damen und Herren, muss sein und ist nach meiner Wahrnehmung das Ziel aller Akteure, auch der Landesregierung und in ganz besonderer Weise der Kommunen. - Danke schön.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Die Landesregierung hat die Redezeit um 1 Minute überzogen. Diese Zeit wird jetzt allen Fraktionen gutgeschrieben.

Für die SPD-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Tobias von Pein das Wort.

Tobias von Pein [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Kinder und Jugendliche brauchen besondere **Unterstützung** - das wissen wir -, insbesondere wenn sie unter Not, Furcht, Krieg gelitten haben. Nach den großen Anstrengungen einer Reise, die kräftezehrend, abenteuerlich und gefährlich ist, braucht es Schutz, wenn man bei uns ankommt. Sie brauchen ein Dach über dem Kopf, einen Rückzugsort, Schutz und vor allem persönliche Ansprechpartner, mit denen man über das, was man erlebt hat, sprechen kann.

(Tobias von Pein)

Die meisten jungen Leute mit Fluchtgeschichte kommen aus Ländern zu uns, die mehr als unsicher sind: Afghanistan, Syrien, Somalia, Eritrea und andere Länder.

Da die Schutzquote aus diesen Ländern besonders hoch ist, werden viele dieser unbegleiteten Minderjährigen wahrscheinlich lange bei uns bleiben, auch wenn einige von ihnen auf eigene Faust weiterreisen und ihr Glück zum Beispiel in Schweden suchen.

Die vielen jungen Menschen brauchen Support, Hilfe und **Integration**. Das ist unser Maßstab. Unser Ziel ist es, dass diese Jungen - häufig handelt es sich ja um Jungen - Chancen auf ein gutes Leben bekommen. Darum geht es. Die aktuell hohen Zahlen stellen die Jugendhilfe vor große Herausforderungen. Es sind aber auch nur Herausforderungen und keine Probleme, vor die uns das stellt. Das muss man an dieser Stelle auch deutlich sagen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Angelika Beer [PIRATEN])

So sehe ich auch die Einigung auf Bundesebene, mit den großen Zahlen umzugehen und eine Verteilung vorzunehmen. Diese Einigung wird jetzt umgesetzt. Auch auf Landesebene haben wir uns darauf verständigt, die Zahlen etwas zu entzerren und eine **gerechtere Verteilung** zu organisieren. Die Landesregierung hat in dieser Situation Handlungsfähigkeit bewiesen und die Situation gut im Griff. Schon frühzeitig hat man sich mit den Akteuren an einen Tisch gesetzt und über Lösungen gesprochen.

Worum geht es? - Es geht um pragmatische Lösungen, um kurzfristige Flexibilisierung und um einen **Übergang zu immer passgenauem Support**. Klar ist: Der Staat muss handlungsfähig sein. Das ist auch im Sinne unserer Glaubwürdigkeit wichtig. Daran darf man nicht durch starre oder unflexible Regelungen gehindert werden. Klar ist auch: Unsere hohen qualitativen Standards in der Kinder- und Jugendhilfe werden dabei nicht in Frage gestellt.

Die zeitlich eingegrenzten und befristeten Regelungsvorschläge helfen, um auf die aktuelle Situation zu reagieren. Jetzt geht es vor allem darum, die nächsten Monate gut zu organisieren und im Sinne der jungen Menschen **jugendgerechte** Unterkünfte zu schaffen. Freiräume und Selbstbestimmung müssen dabei auch ermöglicht werden. Support und Unterstützung müssen angeboten werden. Jugendliche und Kinder, egal ob sie geflüchtet sind oder nicht, haben alle die gleichen Rechte: das Recht auf Gesundheit, das Recht auf Fürsorge, auf Privatsphäre, das Recht auf freie Meinungsäußerung und

Information und vor allen Dingen auch das Recht auf Integration.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Angelika Beer [PIRATEN])

Es stimmt, das ist eine sehr große Aufgabe. Aber es ist keine unmögliche Aufgabe. Auch hier gilt unser Ziel, Integration vom ersten Tag an zu ermöglichen. Daran müssen wir arbeiten. Ich denke, dass uns dieses Thema auch in den nächsten Monaten weiter begleiten wird. Ich begrüße, dass die CDU den Antrag gestellt hat, hier öfter zu berichten. Wir unterstützen das. Ich freue mich auf die Beratung über dieses Thema auch in dieser Runde. Denn die jungen Menschen sind es wert, dass man auch an dieser Stelle gesondert über sie diskutiert.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Angelika Beer [PIRATEN])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die CDU-Fraktion hat jetzt Frau Abgeordnete Astrid Damerow das Wort.

Astrid Damerow [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, zunächst einmal herzlichen Dank für Ihren Bericht, dessen Inhalt uns in der vergangenen Woche im Sozialausschuss bereits im Wesentlichen vorgestellt wurde und durch die Pressemitteilung heute nicht ganz überraschend kam.

Sie haben es vorhin berichtet: 2.402 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge oder Ausländer waren am 10. November 2015 in Schleswig-Holstein. Täglich kommen nach Berichten der Staatssekretärin 30 neue **unbegleitete Kinder und Jugendliche** nach Schleswig-Holstein. Dies ist eine Herausforderung für unsere Kommunen, für die Jugendämter in den Kreisen, aber auch für das Landesjugendamt.

Die von Ihnen genannten und in der letzten Woche bereits vorgestellten Maßnahmen sind notwendig, um die hohe Zahl der Kinder und Jugendlichen überhaupt unterbringen zu können. Notwendig ist natürlich auch, die Anforderungen an **Aufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünfte**, in denen sie untergebracht werden sollen, so zu gestalten, dass sie für begleitete und unbegleitete Minderjährige kinder- und jugendgerecht sind.

Grundsätzlich muss aber gelten: Die Grundsätze der Jugendhilfe dürfen nur so lange und in dem Maße außer Kraft gesetzt werden, wie es unumgäng-

(Astrid Damerow)

lich notwendig ist. Es muss und sollte eine Ausnahme bleiben.

Gut ist, dass die Landesregierung jetzt erkannt hat, dass es notwendig ist, Maßnahmen zu ergreifen. Ich kann es Ihnen leider nicht ersparen: So ganz überraschend kommt das Ganze ja nicht. Deshalb fällt mir das Lob für Ihre Handlungsfähigkeit hier schwer beziehungsweise es ist mir unmöglich.

(Beifall CDU)

Wir haben bereits im März einen Bericht von der Landesregierung zu genau diesem Themenkreis gefordert. Wir haben darin im Übrigen auch gefordert, gemeinsam mit den Kommunen ein **Integrationskonzept** speziell für diese unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge zu erstellen. Damals haben Sie uns erklärt, Sie sähen keinen Handlungsbedarf. Drei Monate später, im Sommer, haben Sie angekündigt, es solle nun doch Clearingzentren geben. Das fanden wir durchaus sinnvoll. Davon war aber bis November weiter nichts mehr zu hören. Heute haben Sie erkannt, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Deshalb kommt es jetzt zu diesen Maßnahmen. Man kann ja nur sagen: lieber spät als nie. Aber schöner wäre es schon gewesen, Sie hätten etwas früher begonnen. Denn überraschend war der starke Anstieg der Zahlen überhaupt nicht. Seit einem Jahr reden wir von nichts anderem.

(Beifall CDU und PIRATEN)

Die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge oder Ausländer, die zu uns kommen, sind in aller Regel ausgesprochen bildungshungrig und motiviert und wollen hier Fuß fassen. Infolgedessen müssen wir sie unterstützen. Das hat Kollege von Pein eben schon sehr richtig dargestellt.

Aber wir wissen auch, dass wir zunehmend Probleme bekommen, vorhandene Traumata zu behandeln. Auch hier brauchen wir die notwendigen Strukturen. Wir sind hierbei noch lange nicht so weit, wie wir sein sollten. Fehlende **Sprachkenntnisse** sind selbstverständlich wie bei allen Flüchtlingen ein großes Problem. Auch das gehört zur gelingenden Integration dazu.

Diese Jugendlichen brauchen einen unkomplizierten Zugang zu schulischen und beruflichen Angeboten. Es muss gewährleistet sein, dass sie möglichst schnell in unserer Gesellschaft Fuß fassen können. Wir haben Teile dieses Themas gestern bereits diskutiert. Die **Integrationsmaßnahmen**, die wir teilweise ergreifen, gelten selbstverständlich für alle Flüchtlinge. Aber für diese spezielle Gruppe brauchen wir, meine ich, besondere Angebote. Wir

können sie nur noch einmal eindringlich auffordern, gemeinsam mit den Jugendämtern vor Ort, mit der Jugendhilfe und mit den Kommunen tragfähige Integrationskonzepte speziell für diese jungen Menschen zu erarbeiten.

(Beifall CDU und SPD)

Bereits vor einiger Zeit hatten wir hier beschlossen, dass wir gern jedes halbe Jahr einen Bericht der Landesregierung zur **Unterbringungssituation der Flüchtlinge** haben möchten. Ebenso möchten wir einen Bericht zur Umsetzung der Maßnahmen des Flüchtlingspaktes haben. Wir möchten gern - so ist unser Antrag konzipiert -, dass zukünftig jedes halbe Jahr auch über die Fortschritte im Bereich der unbegleiteten minderjährigen Ausländer berichtet wird, um die Maßnahmen der Landesregierung eng zu begleiten und möglicherweise auch eigene Vorschläge mit einzubringen. Deshalb haben wir diesen Antrag gestellt. Wir freuen uns sehr, wenn die regierungstragenden Fraktionen diesen Antrag mittragen. Ich bitte deshalb das Präsidium, den Antrag zu einem eigenständigen Antrag zu erklären.

Ich hoffe sehr, dass wir möglichst schnell von der Landesregierung hören, dass wir endlich Konzepte haben, die den Bedürfnissen der unbegleiteten minderjährigen Ausländer gerecht werden, auch was ihre Unterbringung anbelangt. Denn, wie gesagt, all das kommt nicht überraschend, sondern es war bereits Anfang des Jahres absehbar. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, FDP und Angelika Beer [PIRATEN])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, bitte begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler der Käthe-Kollwitz-Schule in Kiel, Absolventen des Regionalen Berufsbildungszentrums Wirtschaft in Kiel mit angehenden Medienkaufleuten und die Wählergemeinschaft in Brokdorf. - Seien Sie alle uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt Frau Abgeordnete Dr. Marret Bohn das Wort.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal herzlichen Dank an

(Dr. Marret Bohn)

Sie, liebe Frau Ministern Alheit, für den vorliegenden Bericht.

(Beifall Lars Winter [SPD])

Der Schutz von unbegleiteten minderjährigen Ausländerinnen und Ausländern ist uns allen ein großes Anliegen. Da bin ich mir ganz sicher. Nach dem neuen Bundesgesetz werden erwachsene Flüchtlinge jetzt auf die Bundesländer verteilt. Das ist für das Kinder- und Jugendwohl bestimmt nicht immer die beste Lösung. In einer idealen Welt würde dies nicht erfolgen. Allerdings waren die Zustände in einigen Städten und Stadtstaaten gerade auch für Kinder und Jugendliche, die nach der Flucht zu uns gekommen sind, nicht mehr hinnehmbar. Deswegen halte ich diese **Verteilung** für eine **pragmatische Lösung**, die den Umständen geschuldet ist.

Nun gilt es, die Herausforderung anzunehmen. Die Kinder und Jugendlichen sind hier. Es handelt sich um eine besonders verletzte Gruppe, um die wir uns besonders kümmern müssen. Wir müssen jetzt hier in Schleswig-Holstein die bestmöglichen Strukturen schaffen, damit sie hier ankommen und das, was sie an Traumatisierungen zum Teil erlebt haben, hinter sich lassen können, damit sie hier eine Schule oder eine Kita besuchen und irgendwann auch erfolgreich integriert werden können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Für dieses Jahr werden in Schleswig-Holstein insgesamt 2.500 Kinder und Jugendliche nach ihrer Flucht bei uns erwartet. Dass so viele auf einmal kommen beziehungsweise schon da sind, ist - da gebe ich Ihnen recht, liebe Kollegin - eine besondere Herausforderung. Es fehlen wie überall im Bereich der Flüchtlingspolitik ausreichende Wohnungen und Fachkräfte, die sich um die Kinder und Jugendlichen kümmern.

In Neumünster hat jetzt eine Modelleinrichtung zur Inobhutnahme von 60 minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen die Arbeit aufgenommen. Mit der Einrichtung der zentralen Erstaufnahme werden diese jetzt endlich aus der völlig überfüllten Erstaufnahmeeinrichtung herausgeholt. Ich kann aus Sicht von uns Grünen sagen: Das ist der richtige Ansatz, und das ist eine pragmatische Lösung. Liebe Ministerin, liebe Staatssekretärin, herzlichen Dank an Sie und Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch dafür, dass Sie angepackt und das einfach gemacht haben. - Herzlichen Dank!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge haben besondere Erfahrungen gemacht. Das macht sie besonders schutzbedürftig. Sie haben in ihren Herkunftsländern und auf der Flucht mitunter extrem traumatische Erlebnisse gehabt. Manche von ihnen haben ihre Eltern unter schlimmen Bedingungen verloren. Das alles wird sie ein Leben lang begleiten. Deswegen ist es wichtig, dass wir alle gemeinsam alles tun, damit sie hier gut ankommen und sich bei uns gut aufgenommen fühlen.

Auch das müssen wir hier ganz offen ansprechen: Vor dem Sozialministerium und den Kommunen liegt nun die Mammutaufgabe, Schleswig-Holstein strukturell so aufzustellen, dass wir diesen besonderen Bedürfnissen gerecht werden. Erfolgreich haben sich vor Ort Initiativen gegründet. Auch das müssen wir von dieser Seite aus unterstützen. Es ist unter den gegebenen Bedingungen zwangsläufig so, dass die Bedarfslage dazu führt, dass im Moment vorübergehend nicht alle Standards eingehalten werden. Vielen Dank, auch darüber sind wir durch den Bericht informiert worden.

Unser Ziel muss allerdings sein, dass die Kinder und Jugendlichen, die zu uns kommen, die Unterbringung, die Versorgung und die Betreuung bekommen, die sie brauchen. Ich begrüße ganz ausdrücklich den Antrag der Kolleginnen und Kollegen von der CDU. Wir werden ihm gern zustimmen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat jetzt Frau Abgeordnete Anita Klahn das Wort.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Frau Ministerin, vielen Dank für den Bericht. Frau Kollegin Damerow hat es bereits dargestellt, er wurde eigentlich von Frau Staatssekretärin Langner am 12. November im Sozialausschuss gegeben. Wir hatten uns da sehr gefreut, dass wir jetzt in der Realität angekommen sind, nämlich dass die selbst gesetzten Standards an dieser Stelle so nicht weitergeführt werden können und dass wir in den Kommunen dringend eine Entlastung brauchen.

Meine Damen und Herren, nicht ohne Grund hat der Bund entschieden, dass ab dem 1. November 2015 die minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge

(Anita Klahn)

oder Ausländer nach dem Königsteiner Schlüssel auf die Bundesländer verteilt werden sollen. Das hatte insbesondere den Hintergrund, dass besonders belastete Bundesländer hier eine Entlastung erfahren sollen.

Frau Ministerin, Sie haben die Zahlen freundlicherweise genannt. Ich möchte an dieser Stelle feststellen: Bundesweit gibt es 24.000 **unbegleitete minderjährige Ausländer**. Davon sind 2.400 bereits in Schleswig-Holstein, und täglich kommen mehr. Der Königsteiner Schlüssel verlangt von uns, dass wir 3,4 % aufnehmen. Das wäre rein rechnerisch eine Anzahl von knapp 1.900 unbegleiteten minderjährigen Ausländern.

Wir haben - wie Sie selbst gesagt haben - 2.400. Das heißt, auch Schleswig-Holstein befindet sich in einer ganz besonderen Situation, und zwar dadurch, dass wir Transitland sind. Schon bevor die große Flüchtlingswelle auf uns zugekommen ist, wussten wir, dass wir hier bestimmt auch Jugendliche aus den Zügen herausgeholt haben, die auf dem Weg nach Skandinavien waren. Unsere Einrichtungen der Jugendhilfe haben schon vorher darüber geklagt und gesagt, dass sie an dieser Stelle Unterstützung brauchen.

Frau Ministerin, ich würde von Ihnen gern wissen, wie Sie es sich konzeptionell vorstellen, dass wir zukünftig mit den **Transitreisenden** umgehen, die wir immer noch aus den Zügen herausholen und die eigentlich auf dem Weg zu ihren Familien nach Skandinavien sind. Unser Anliegen sollte doch eigentlich sein, die **Familienzusammenführung** zu befürworten und zu unterstützen. An dieser Stelle fehlen mir eine Aussage und ein Konzept.

Festzustellen ist ganz klar, das hat auch Frau Kollegin Damerow gesagt, Schleswig-Holstein weiß schon länger um die Problematik. Wir sind nicht wirklich vorbereitet. Die **Kommunen** sind nicht vorbereitet worden. Wenn wir jetzt mehr **Flüchtlinge** aufnehmen, als wir es nach dem Kontingent müssten, möchte ich gern von Ihnen wissen, ob Sie sich dafür einsetzen, dass uns der Bund auch mehr Geld gibt, als wir es nach dem Königsteiner Schlüssel bekommen, und ob Sie dafür sorgen, dass die Kommunen, die mehr Jugendliche aufnehmen, als sie eigentlich müssten, auch mehr Geld dafür bekommen, denn darum dreht sich letztlich alles. Es fehlt das Geld, somit können keine Personen eingestellt werden, es können keine Räume angemietet werden und so weiter.

Ich bin völlig bei Ihnen. Natürlich sollen sich die Jugendhilfemaßnahmen und alles, was wir für die

jungen Flüchtlinge tun, generell am Kindeswohl orientieren. Ich möchte auch keine Unterscheidung zwischen Kindern aus unserem Bundesland und Kindern aus anderen Bundesländern machen. Sie müssen gut untergebracht sein, und sie müssen gut versorgt werden.

Wir wissen doch nicht: Was haben diese jungen Menschen auf ihrem Weg auf der Flucht alles erlebt, wie traumatisiert sind sie, und wie können wir diese jungen Menschen auffangen? Vieles wird sich erst zu einem späteren Zeitpunkt abbilden. Von daher ist es meiner Fraktion und mir persönlich ganz wichtig, dass wir die Jugendlichen dort unterbringen, wo sie einen guten Zugang zu **medizinischer Versorgung** und zu **psychologischer Betreuung** haben und wo sie einen guten selbstständigen Zugang zu den Schulen und DaZ-Zentren finden, um den Weg in unsere Gesellschaft zu finden. Wir brauchen natürlich gut ausgestattete Jugendämter, die die Jugendlichen im Rahmen ihrer Vormundschaft begleiten können. Dafür müssen wir die **Jugendämter** in den Kommunen daher finanziell und personell unterstützen, damit sie qualitativ gut ausgestattet sind, um diese Aufgabe zu erfüllen.

(Beifall FDP und Astrid Damerow [CDU])

Ich wünsche mir, dass es mehr von solchen Erfolgsmeldungen gibt, wie ich sie heute aus der Erstaufnahmeeinrichtung in Wentorf gehört habe. Dort ist es für ein Kind nach einem Jahr Flucht in dem Glauben, dass seine Eltern nicht mehr leben, während auch die Eltern glaubten, dass ihr Kind nicht mehr lebt, zu einer glücklichen Familienzusammenführung gekommen. - In diesem Sinne danke ich Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU, vereinzelt SPD und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Piratenfraktion hat jetzt Frau Abgeordnete Angelika Beer das Wort.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, vielen Dank für Ihren Bericht. Gestern haben wir noch sehr kontrovers über Flüchtlingspolitik diskutiert, und das ist gut so. Ich denke aber, heute ist es uns allen sehr wichtig, dass wir weiterkommen in der Frage: Wie kümmern wir uns um **unbegleitete minderjährige Flüchtlinge**, die bei uns Schutz suchen, und wie können wir das

(Angelika Beer)

besser machen? Ich werde versuchen, ohne die Abkürzung umAs auszukommen, weil für mich die Problematik zu ernst ist, als dass ich minderjährige Ausländer oder jugendliche Flüchtlinge als umAs bezeichnen möchte.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Es sind Kinder und Jugendliche, die nach wochenlanger Flucht quer durch Europa bei uns eintreffen und nicht wissen, wie es weitergehen soll. Sie wissen nicht, wo ihre Eltern und ihre Verwandten sind. Es ist gerade gesagt worden: Oft wissen sie nicht einmal, ob ihre Eltern und Verwandten in den Wirren des Krieges den Fluchtweg geschafft haben oder ob sie getötet wurden. Werte Kolleginnen und Kollegen, um diese Kinder und Jugendlichen wollen und müssen wir uns kümmern. Sie bedürfen eines besonderen Schutzes.

Alles, was gerade bei dem anhaltenden Zustrom dieser Gruppe durch das Sozialministerium vorgestellt und als Notmaßnahme angeordnet wurde, können und müssen wir tragen. Für uns ist es aber auch wichtig zu unterstreichen, dass dies eine Zwischenlösung ist. Auch wenn die Ministerin nicht zuhört, will ich doch darauf hinweisen, dass es noch Probleme gibt. Als wir uns mit den sozialen Diensten in Neumünster zusammengesetzt haben, haben wir festgestellt, dass es durch die Struktur der Erstaufnahmeeinrichtungen und durch den massenhaften Zustrom von Flüchtlingen durchaus vorgekommen ist, dass dort viele unbegleitete Jugendliche und Kinder längere Zeit untergebracht wurden, als sie es eigentlich sollten, und dass auch die Zahlen nicht stimmig waren, was sicherlich auch daran liegt, dass sich einige dieser Jugendlichen dann, wenn sie stark und kräftig genug sind, wieder auf den Weg machen, ohne dass sie registriert worden wären. Das zeigt, wie viel Sensibilität wir brauchen.

Ich halte es für gut, dass die **Jugendämter** jetzt endlich in die Lage versetzt werden, im Bedarfsfall junge Menschen an andere Kreisjugendämter abzugeben. So kommt es zu Entlastungen, zum Beispiel in Neumünster. Sie haben es ja erwähnt. Das Modellprojekt dort wird natürlich von uns unterstützt, und wir können nur hoffen, dass die strukturellen und finanziellen Mittel reichen, um dieses Modellprojekt nicht nur als Vorzeigeprojekt stehen zu lassen, sondern auch woanders umzusetzen.

Die gemachten Vorschläge werden, wie gesagt, auch von uns getragen. Wir unterstützen auch den Antrag der CDU-Fraktion. Wir wünschen uns, dass in dem Bericht tatsächlich auch immer das Ziel be-

nannt wird: Wie weit sind wir in der Umsetzung, um die vorübergehenden Verschlechterungen der Standards baldmöglichst wieder aufheben zu können?

Die individuelle **Betreuung** muss gewährleistet sein; das ist für uns nicht verhandelbar. Denn viele dieser **Flüchtlinge** sind traumatisiert. Wir wollen im Moment nicht darüber streiten, möglichst auch grundsätzlich nicht, ob sechs oder acht Flüchtlinge in einem Zimmer schlafen. Ich glaube, das ist nicht das entscheidende Kriterium für diese Menschen. Vielmehr müssen die Sorge um die Seele und die Unversehrtheit an erster Stelle stehen. Deswegen müssen die medizinische und auch die seelische Versorgung sichergestellt werden, diese Versorgung darf nicht reduziert werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aus unserer Sicht muss es Ziel aller Maßnahmen sein, dass wir die Familien der unbegleiteten Flüchtlinge wiederfinden. Hier muss es eine unbürokratische Zusammenarbeit mit dem Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes geben, das über die notwendige Kompetenz verfügt. Auch die Bundesregierung muss ihre Haltung zum **Familiennachzug** überprüfen. Ich appelliere an alle, an uns, an die verschiedenen Parteien, an die Regierung, an die verschiedenen Landesregierungen, dem, was in Berlin gerade im Print ist, den Nachzug von Familien zu unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen für zwei Jahre zu verbieten, entgegenzutreten. Das kann nicht sein.

(Beifall PIRATEN)

Das ist ein grundsätzlicher Eingriff in die Grundrechte der Familien, insbesondere natürlich der Jugendlichen, aber auch der Eltern.

Wie soll man sich das vorstellen? Die Eltern sind noch in Syrien, und die Jugendlichen befinden sich irgendwo in Deutschland in irgendeiner Unterkunft, und man verweigert den Nachzug und damit das Zusammenkommen der Familie. Das ist unmenschlich und darf nicht Praxis werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Flüchtlinge brauchen in ihrer schwierigsten Phase ihres Lebens bei uns in Schleswig-Holstein oder in Deutschland oder anderswo Bezugspersonen. Diese Bezugspersonen sollten nicht wechseln. Deswegen befürworten wir, dass es immer mehr ehrenamtliche Lösungsansätze gibt, wie die Betreuung oder die Vormundschaft erfolgen können.

Auch Vereine wie Lifeline e.V. bei uns in Schleswig-Holstein, dem Vormundschaftsverein im Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein, möchten wir

(Angelika Beer)

gern Unterstützung geben. Wir sind gespannt, wie die Verhandlungen mit dem Sozialministerium und deren Anliegen, mehr finanzielle Unterstützung zu bekommen, ausgehen werden, um diese wichtige Aufgabe und Scharnierfunktion durchführen zu können. Dies sollten die betreffenden Vereine auch mit Unterstützung der Landesregierung umsetzen können.

Wir freuen uns darüber, dass wir uns hier im Grundsatz völlig einig sind. Die Herausforderungen sind immens und langfristig. Aber hier ist bereits deutlich geworden: Wir sind zuversichtlich. Wir schaffen das.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat jetzt Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die unbegleiteten minderjährigen **Flüchtlinge** kommen aus Afghanistan, Eritrea, Somalia und immer häufiger jetzt auch aus Syrien. In diesem Jahr werden etwa 2.400 allein reisende **Kinder und Jugendliche** erwartet, die zu uns nach Schleswig-Holstein fliehen. Das sind dreimal so viele wie im letzten Jahr und viele mehr als noch in den Jahren zuvor. Wie viele es im kommenden Jahr sein werden, weiß kein Mensch, und das lässt sich auch nicht voraussagen.

Dies ist ohne Zweifel eine große Herausforderung. Dieser Herausforderung gilt es nun gerecht zu werden und zukunftsgerichtet Schritt für Schritt bessere Standards für die jungen Menschen zu entwickeln. Denn klar ist, dass die bisherigen Strukturen nicht für eine so große Anzahl von Jugendlichen ausgerichtet sind. Eine völlig dezentrale Unterbringung ist in dieser Hinsicht leider nicht immer möglich oder im konkreten Fall manchmal auch nicht von Vorteil. Denn erst einmal sollte die Fachkenntnis gebündelt werden, damit so viele Kinder und Jugendliche wie möglich von ihr überhaupt profitieren können. Genau das geschieht jetzt bei dem Pilotprojekt in Neumünster. Ich glaube, das ist ein richtig guter Ansatz, um der Problematik, vor der wir jetzt stehen, Herr werden zu können.

Es ist ein entscheidender Unterschied, ob man mit seiner Familie seine Heimat verlässt oder allein, und das gerade auch als junger Mensch. Vor diesem Hintergrund braucht es schlichtweg die spezialisier-

te Fachkompetenz der örtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Vor dem Hintergrund der angespannten Lage und der oftmals ausgeschöpften Kapazitäten begrüße ich es, dass eine Summe von 40.000 € für den Verein Lifeline fest zugewiesen ist. Denn schließlich nimmt der Verein eine wichtige Brücken- und Aufklärungsfunktion wahr, auf die wir auf gar keinen Fall verzichten können.

(Beifall SSW)

Neben den hauptamtlichen Kräften geht es auch an dieser Stelle nicht ohne das Ehrenamt. Ehrenamtliche Vormundschaften sind quasi Gold wert, denn sie können den regelmäßigen Kontakt zum Jugendlichen auf eine andere Ebene bringen, als dies die Jugendämter können.

Nun muss man aber ehrlicherweise auch sagen, dass die Übernahme einer Vormundschaft kein Spaziergang ist. Schließlich geht es auch um Verantwortung für einen jungen Menschen, der sonst keine oder kaum Bezugspersonen in seiner Nähe hat. Diejenigen, die eine Vormundschaft übernommen haben, leisten unverzichtbare Arbeit in unmittelbarer Ergänzung zu den bestehenden Institutionen und Vereinen. Bei all diesen vielen Menschen in Schleswig-Holstein möchte ich mich auch im Namen des SSW bedanken.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Flüchtlingsrat hat eine detaillierte Checkliste ausgearbeitet für diejenigen, die eine Vormundschaft übernehmen wollen oder dies bereits getan haben. Dieses Heftchen ist mehr als nur ein Informationsflyer, sondern arbeitet nahezu alle Fragen ab, die sich in diesem Zusammenhang ergeben können. Von daher kann ich an dieser Stelle nur dafür werben, sich diese Lektüre noch einmal genauer anzusehen, sollte das Interesse an der Übernahme einer Vormundschaft bestehen.

Natürlich geht es auch um eine vernünftige Unterbringung. Die Unterbringung der jungen Flüchtlinge erfolgt im Allgemeinen nach den Jugendhilfevorgaben des SGB VIII. Hier müssen Abwägungsprozesse stattfinden, damit trotzdem das Wohl der zu uns kommenden unter 18-Jährigen gewährleistet werden kann. Kompromisse gehören hier in gewisser Weise zum Alltagsgeschäft.

Dazu reicht auch ein Blick auf die Zahlen. So konnte der Kreis Rendsburg-Eckernförde noch Mitte September etwa 63 **minderjährige Flüchtlinge** verzeichnen, während es in Neumünster bereits um

(Lars Harms)

die 400 sind. Da kann man sich leicht zusammerechnen, dass wir es mit sehr unterschiedlichen Verhältnissen zu tun haben. Ähnliches wurde auch schon in den Ausschussberatungen thematisiert.

Dabei geht es natürlich um eine ganz wichtige Frage, nämlich die nach der Bewerksstellung der ungleich verteilten Aufgabenlast, um die Weiterbildung von hauptamtlichen Mitarbeitern und natürlich auch um adäquate Schulung für das Ehrenamt. Genau an diesen Stellschrauben müssen wir drehen, damit sich der Alltag der jungen Flüchtlinge bei uns verbessert.

Dabei wird es von Kommune zu Kommune, von Kreis zu Kreis unterschiedliche Ideen geben, unterschiedliche Vorgehensweisen. Wichtig ist aber, dass überhaupt etwas passiert und wir dafür unsere Unterstützung geben. Denn letztendlich geht es doch auch in dieser Frage nur um eines, nämlich um das Miteinander von uns allen. Gerade für diese jungen Menschen haben wir eine besondere Verantwortung, der wir nachkommen müssen. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich schlage zunächst vor, den Änderungsantrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 18/3590 zu einem selbstständigen Antrag zu erklären und in der Sache abzustimmen. - Ich sehe keinen Widerspruch. Wer dem Antrag der CDU zustimmen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist der Antrag einstimmig angenommen.

Ich stelle fest, dass der Berichts Antrag in der Drucksache 18/3529 durch den Bericht der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat.

Ich rufe jetzt den letzten Beratungsantrag auf. Dabei handelt es sich um Tagesordnungspunkt 32:

Bestandsabbau ermöglichen - Belastungsspitzen abfedern

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/3558

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das

Wort für die CDU-Fraktion hat Frau Abgeordnete Barbara Ostmeier.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Frau Ministerin! Zunächst herzlichen Dank dafür, dass ich die Gelegenheit bekomme, der **Justiz** heute noch einmal eine Stimme zu geben. Dieser Tagesordnungspunkt ist ja ein bisschen hin- und hergeflogen. Deshalb herzlichen Dank dafür, dass wir hier noch einmal dazu sprechen können. Ich meine, Justiz ist ein wichtiges Politikfeld, das wir nicht aus den Augen verlieren dürfen.

Gerade im Nachgang zur eben stattgefundenen Debatte finde ich es besonders gut, jetzt über die Justiz zu sprechen; denn wir werden erleben, dass hier große Herausforderungen auf unsere Amtsgerichte zukommen, gerade was die ganzen Vormundchaftsfragen angeht. Das ist heute zwar nicht unser Thema; aber ich wollte es an dieser Stelle einfach schon einmal sagen.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Wir treten heute mit einer Bitte an Sie heran: Unterstützen Sie bitte unseren Antrag, mit dem wir die Landesregierung auffordern, das **Landgericht** Kiel mit einer zusätzlichen, zeitlich befristeten Großen Strafkammer zu verstärken. Für unseren Rechtsstaat ist es von entscheidender Bedeutung, dass Straftaten konsequent aufgeklärt und einem Urteil zugeführt werden. Ich glaube, das ist unstrittig. Das bedeutet nicht nur, dass Staatsanwaltschaft und Polizei ermitteln. Entscheidend ist auch, dass Strafprozesse zügig und effektiv durchgeführt werden.

(Beifall CDU)

Die Menschen setzen ihr Vertrauen in die Justiz und erwarten zu Recht, dass Strafverfahren an Gerichten zeitnah nach Anklageerhebung durchgeführt werden. Dies erwarten die Opfer, aber auch diejenigen zu Recht, die sich einem Strafverfahren stellen müssen. Dies steht ihnen nach Artikel 2 Absatz 1 des Grundgesetzes und Artikel 6 Absatz 1 der Menschenrechtskonvention zu. Ich denke, auch deswegen haben wir dafür zu sorgen.

Es ist Aufgabe der Politik - unsere Aufgabe -, der Justiz die notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen, wenn wir sehen, dass diese zur Bewältigung der Aufgaben dringend erforderlich sind.

Bereits 2013 - wir haben dazu schon einmal eine Kleine Anfrage gestellt - hat das Ministerium das Problem erkannt, dass es, insbesondere am Standort

(Barbara Ostmeier)

Kiel, im Bereich der Wirtschaftsstrafverfahren zu starken Rückständen gekommen ist. Die Ministerin hat, was ich sehr begrüße, bereits 2013 gehandelt und hier eine Hilfsstrafkammer eingerichtet; dies gelang durch eine Umschichtung vom Landgericht Schleswig zum Landgericht Kiel. Sie hat gesagt, diese Kammer solle Unterstützung dabei leisten, die alten Bestände konsequent zu reduzieren und abzuarbeiten.

(Beifall CDU und Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Mein Dank dafür geht an die Ministerin.

Die Ministerin hat am 19. Januar in ihrem Bericht an den Innen- und Rechtsausschuss selbst erklärt, dass die Entwicklung im Bereich der Wirtschaftsstrafsachen weiter zu beobachten ist. Ich finde, die Antwort auf unsere aktuelle Kleine Anfrage zeigt deutlich, dass hier nach wie vor und mehr denn je Handlungsbedarf besteht, insbesondere am Landgericht Kiel - nicht nur dort, aber insbesondere am Landgericht Kiel.

Die Einrichtung der **Kammer für Wirtschaftsstrafsachen** hat erste Effekte gezeigt; das ist unbestritten. Aber ich bin schon der Meinung, dass wir aufpassen müssen, dass diese erfolgreiche Arbeit unter den aktuellen Bedingungen fortgesetzt werden kann, dass diese ersten Effekte nicht durch aktuelle Ereignisse infrage gestellt werden. Deswegen möchten wir heute einen weiteren Impuls geben und hier weiter unterstützen.

Ich will Ihnen die Situation gerne darstellen. Wir haben am **Landgericht Kiel** nach wie vor einen zu hohen Bestand alter Verfahren. Hinzu kommt, dass am Landgericht Kiel Verfahren zur Verhandlung anstehen, die in erheblicher Form personelle Kapazitäten binden werden. Vor dem Landgericht Kiel wird derzeit das bisher größte Strafverfahren in der Geschichte Schleswig-Holsteins mit zwölf inhaftierten, als hochgefährlich geltenden Angeklagten verhandelt. Wegen des immensen Personal- und Sicherheitsaufwands muss die Verhandlung im 50 km entfernten Schleswig stattfinden. Vier Berufsrichter sind auf lange Zeit gebunden. Derzeit ermitteln die Staatsanwaltschaften gegen eine zweistellige Zahl von Beschuldigten; 14 Haftbefehle liegen derzeit bundesweit vor. Wenn das entsprechende Verfahren am Standort Kiel eröffnet wird, werden weitere vier Berufsrichter ab dem Frühjahr lahmgelegt; sie werden dann damit beschäftigt sein.

Neben weiteren Großverfahren steht am Landgericht Kiel - das haben wir aus der Presse gehört - erstmalig ein Auschwitz-Prozess bevor. Wir alle

sind uns bewusst, welche Kapazitäten ein derartiges Verfahren binden wird, wenn es tatsächlich dazu kommt. Die CDU-Fraktion regt deshalb an, vorübergehend eine zeitlich befristete zusätzliche Große Strafkammer am Landgericht Kiel einzurichten. Umschichtungen, wie sie bisher erfolgt sind, halten wir an der Stelle nicht für richtig; denn wir müssen schon aufpassen, dass wir durch das Stopfen des einen Loches nicht ein anderes in die Justiz reißen. Deswegen bitten wir, diesem Antrag mit Wohlwollen entgegenzutreten.

Ich denke schon, dass wir als Politik, als Parlament gefordert sind, dieses Zeichen zu setzen und die Ministerin dabei zu unterstützen, dass hier zeitlich befristet eine zusätzliche Kammer geschaffen wird. Dies sind wir der Justiz schuldig, dies sind wir den Verfahrensbeteiligten schuldig, dies sind wir allen Menschen schuldig, die ihr Vertrauen in die Stärke unserer Justiz setzen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Thomas Rother das Wort.

Thomas Rother [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal vielen Dank an die Kollegin Ostmeier, dass sie doch noch einen etwas größeren Bogen geschlagen hat. Es ist nämlich etwas irritierend, dass gerade der im Antrag geschilderte Sachverhalt - im Antrag wurde es stärker eingegrenzt -, der bereits im Ausschuss erörtert wurde und dort sinnvollerweise weiter aufzuklären wäre, nun gerade hier diskutiert wird.

Hinzu kommt, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass die CDU-Fraktion in ihrem Antrag die Einrichtung einer zusätzlichen Großen Strafkammer fordert, wenn auch nur zeitlich befristet, natürlich mit zusätzlichem Personal, und das mitten im Haushaltsverfahren. Wenn es Ihnen damit tatsächlich ernst ist, dann bleibt es unverständlich, warum Sie nicht schlicht und ergreifend einen entsprechenden Antrag in das Haushaltsverfahren einbringen, hoffentlich mit Deckungsvorschlag. Vielleicht kommt das ja noch.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das Thema selbst ist kein neues. Dass die bereits zu Beginn dieses Jahres eingeleiteten Maßnahmen zur

(Thomas Rother)

Bewältigung der Arbeitsrückstände offenbar noch nicht durchgetragen haben, ist aus der Antwort auf die Kleine Anfrage der Kollegin Ostmeier aus dem Oktober ersichtlich. Nur wäre es natürlich hilfreich, wenn es eine Ursachenanalyse geben würde und nicht nur einen Schnellschuss aus der CDU-Fraktion.

Die Grundlagen der Verfahrensverteilung im Bezirk des Landgerichts Kiel sind ähnlich wie in Lübeck, Flensburg oder Itzehoe. Dieses System berücksichtigt auch die sogenannten Großverfahren. In Lübeck, Flensburg und Itzehoe kommt man mit diesem Verteilmechanismus tatsächlich zu vertretbaren Bearbeitungszeiten; auch das ergibt die Antwort auf Ihre Kleine Anfrage.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD]: Erstaunlich!)

Damit besteht in der **Justiz** nicht nur ein Verteilsystem, sondern auch so etwas wie ein betriebswirtschaftliches Benchmark-System.

Daher stellt sich eben eher die Frage, warum das, was in anderen Landgerichtsbezirken funktioniert, nicht beim **Landgericht** Kiel funktioniert. Das betrifft auch das Zusammenwirken mit den Staatsanwaltschaften. Das ist so, obwohl - Sie haben darauf hingewiesen - bereits vor zwei Jahren Mittel für die Errichtung einer zusätzlichen Wirtschaftsstrafkammer zur Verfügung gestellt wurden.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung der Abgeordneten Ostmeier?

Thomas Rother [SPD]:

Gern.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Barbara Ostmeier [CDU]: Wir sind uns aber schon einig, dass die Ministerin schon 2013 einen richtigen Schritt getan hat, nachdem sie gesehen hat, dass hier unbedingt Hilfe gebraucht wird? Sind wir uns auch einig, dass die Hilfe nach wie vor erforderlich ist und nichts daran ändert, dass die andere Frage, eventuelle gerichtsinterne Probleme, gerichtsintern gelöst werden kann?

Thomas Rother [SPD]:

Inwieweit die Hilfe nach wie vor erforderlich ist, muss die Prüfung der Organisation innerhalb des Landgerichtsbezirks Kiel, auch hinsichtlich der Verteilmechanismen, ergeben. Das, was Sie angesprochen haben, war die erste Maßnahme, die zu einer Entlastung geführt hat. Aber man muss natürlich auch schauen, wie es bei den anderen läuft. Man muss erst wissen, ob die Probleme tatsächlich in irgendeiner besonderen Qualität oder Menge begründet sind oder ob sie vielleicht tatsächlich in den organisatorischen Abläufen in Kiel begründet sind, bevor man solche Schritte wählt. Das ist tatsächlich eine gute Frage.

Denn selbst mit einer schlichten personellen Verstärkung - das wäre mein nächster Gedankengang gewesen - zum Zweck der Abarbeitung der Bestandsverfahren auf einen üblichen Stand stellt sich die Frage, ob sich nach der Auflösung der geforderten zeitlich befristeten zusätzlichen Großen Strafkammer wieder nach und nach der alte Zustand einstellen würde. Denn diese Situation scheint nach den bisherigen Erkenntnissen weniger im Umfang und in der Komplexität der Verfahren begründet zu sein als in den organisatorischen Abläufen am Landgericht Kiel.

(Beifall Wolfgang Kubicki [FDP] und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Daher sind an dieser Stelle Änderungen erforderlich, die sich schlicht an der Organisation beziehungsweise den Abläufen der anderen Landgerichte orientieren könnten.

Es ist doch richtiger, dass die **organisatorischen Maßnahmen**, die bereits im Landgericht Kiel erarbeitet wurden - es ist ja nicht so, dass dieser Zustand einfach so akzeptiert wurde -, umgesetzt werden, damit sich die Situation tatsächlich und dauerhaft verbessern kann.

Eine zusätzliche Kammer, liebe Kolleginnen und Kollegen, würde zudem wie eine Belohnung für die nicht erfolgte Anpassung der Organisationsstrukturen und -abläufe und wie eine Benachteiligung derjenigen wirken, die es mit den zur Verfügung stehenden Mitteln und dem zur Verfügung stehenden Personal hinbekommen.

(Beifall SPD)

Ich glaube, dieser Eindruck darf nicht entstehen.

Wenn Sie in den Haushaltsentwurf schauen - Sie haben das grundsätzlich angesprochen -, werden Sie zudem sehen, dass es eine personelle Verstär-

(Thomas Rother)

kung im Bereich der Justiz geben wird. Sie können ja dem von uns vorgelegten Einzelplan der Ministerin, vielleicht sogar dem gesamten Haushalt zustimmen.

Ich kann im Ergebnis nur sagen, dass der Antrag an dieser Stelle schlicht überflüssig ist. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, SSW und Wolfgang Kubicki [FDP])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt Herr Abgeordneter Burkhard Peters das Wort.

(Martin Habersaat [SPD]: Zu den großen Themen unserer Zeit!)

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Uns allen ist klar, vor allem denen, die in der Rechtspflege unterwegs sind, dass die Arbeitsbelastung von Richterinnen und Richtern in vielen Bereichen enorm und in Teilen auch wirklich grenzwertig hoch ist. Aber, Frau Kollegin Ostmeier, Ihr Antrag ist widersprüchlich, er gehört eigentlich in die Haushaltsdebatte, darauf wies Herr Rother schon hin. Er geht vor allen Dingen an den Problemen in Kiel vollständig vorbei.

Sie fordern die Einstellung von mehr Richterpersonal für eine **weitere Große Strafkammer** am **Landgericht Kiel**. Dabei insistieren Sie, dass das erforderliche Personal für eine solche zusätzliche Kammer nicht von anderen Gerichten abgezogen wird. Gleichzeitig gehen Sie aber davon aus, dass die neue Große Strafkammer nur zeitlich befristet eingerichtet werden soll, um Altverfahren abzubauen und Belastungen auszugleichen. Sie müssten doch eigentlich wissen, dass das Justizministerium Richterinnen und Richter nicht befristet einstellen kann und darf, weil das Richtergesetz dies zur Deckung eines zeitlich begrenzten Bedarfes einfach verbietet. Wenn Sie meinen, die Strafgerichtsbarkeit in Schleswig-Holstein brauche grundsätzlich und dauerhaft mehr Personal in der Größenordnung einer Großen Strafkammer, dann passt Ihre Begründung vorn und hinten nicht dazu.

Meine Damen und Herren, der Antrag kommt auch zur Unzeit. Es ist ein Haushaltsantrag. Darauf hat der Kollege Rother schon hingewiesen. Dazu brauche ich nichts mehr zu sagen.

(Wortmeldung Barbara Ostmeier [CDU])

- So, jetzt kommt eine Zwischenfrage.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Die Sie gestatten, wie ich Ihrer Geste entnehme.

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Dann hat die Kollegin Barbara Ostmeier das Wort.

Barbara Ostmeier [CDU]: Nachdem ich nun zweimal schon gehört habe, dass der Antrag zur Unzeit komme, muss ich sagen, dass ich finde, dass Sie sich selber widersprechen. Auf der einen Seite unterstellen Sie mir, es wäre ein Schnellschuss gewesen. Die Antwort auf die Kleine Anfrage ist gerade erst gekommen. Wir haben im Januar die Ministerin um einen Bericht gebeten, die selbst gesagt hat, sie müsse das beobachten. Wir haben die Antwort auf die Kleine Anfrage abgewartet. Wir haben uns überlegt, was wir damit machen. Wir befinden uns noch in den **Haushaltsberatungen**, wenn ich das richtig verstanden habe und nicht am Ende. Da geben Sie mir recht, richtig?

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Hm.

- So, ich denke mir, es ist das gute Recht der Opposition, wenn man das Gefühl hat, dass hier noch etwas in die Haushaltsberatungen einfließen soll, dieses als Anregung zu geben und hier der Landesregierung einen Impuls zu geben,

(Beifall Volker Dornquast [CDU])

auch und möglichst rechtzeitig noch in den Haushaltsberatungen und nicht erst dann, wenn sie abgelaufen sind. Dann hätten Sie recht.

(Vereinzelter Beifall CDU)

- Die Haushaltsberatung wird abschließend im Dezember stattfinden. Aber ich komme gleich zu anderen Gesichtspunkten, warum Ihr Antrag auch insgesamt unsinnig ist.

(Zuruf Barbara Ostmeier [CDU])

- Das kommt jetzt. Ihr Antrag berücksichtigt nämlich vor allen Dingen nicht, dass die Unzulänglichkeiten in Kiel eine längere Geschichte haben. Die Probleme dort beruhen durchaus nicht auf fehlen-

(Burkhard Peters)

den Richterinnen und Richtern am Landgericht. Mit Ihrem bemerkenswert unterkomplexen Antrag

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

unterschlagen Sie komplett die seit Anfang des Jahres 2013 durch die **justizinternen Arbeitsgruppen** herausgearbeiteten **Ursachen und Lösungsansätze** für die in Kiel entstandenen Probleme. Das ist umso erstaunlicher, als das Justizministerium über die Projektgruppen und ihre Lösungsvorschläge sowohl im August 2013 als auch im April 2014 den Innen- und Rechtsausschuss umfassend unterrichtet hat. Hauptergebnis dieser Berichte war, dass die tatsächlichen, im Vergleich zu den anderen drei Landgerichten schlechteren Erledigungszahlen im Kern nichts damit zu tun haben, dass grundsätzlich am Landgericht Kiel zu wenige Richterinnen und Richter tätig sind. Zwei Projektgruppen, besetzt mit Strafrichterinnen und Strafrichtern aller Landgerichte, unterstützt durch eine professionelle Organisationsberaterin, arbeiteten ab 2013 heraus, dass trotz grundsätzlich vergleichbarer Personalausstattung das Landgericht Kiel bei der Bearbeitung und Erledigung von Strafsachen im Vergleich zu den anderen Landgerichten seit mehreren Jahren massiv in Rückstand geraten war. Als maßgebliche Ursachen wurden folgende Umstände herausgearbeitet.

Erstens. Es fehlt oder fehlte bei den Kieler Wirtschaftsstrafkammern an einem **effektiven Verfahrensmanagement**. Vor allem fehlte es an einer ausreichenden Spezialisierung von Richterpersonal bei Wirtschaftsstrafsachen - ganz im Gegensatz zum Landgericht Lübeck.

Zweitens. Die **Fluktuation** von Richterinnen und Richtern in den bestehenden Wirtschaftsstrafkammern war zu hoch, was zu Effizienzverlusten wegen ständiger Einarbeitungsbedarfe bei dem Richterpersonal führte.

Drittens. Die **Zusammenarbeit von Gerichten und Staatsanwaltschaft** ließ in Kiel deutlich zu wünschen übrig. Es fehlte schlicht an ausreichender Kommunikation. Dies verhinderte vor allem bei Großverfahren mit sehr vielen einzelnen Anklagepunkten die unbedingt erforderliche Konzentration des Prozessstoffes.

Als Sofortmaßnahme zum Abbau der Rückstände schlug die Arbeitsgruppe die Einrichtung einer weiteren Wirtschaftsstrafkammer vor. Das ist dann geschehen. Diese und weitere Maßnahmen führten in den beiden letzten Jahren dazu, dass sich die Erledigungszahlen deutlich verbessert haben.

Die Beseitigung **struktureller Mängel** bei der Organisation eines Gerichts geht nicht von heute auf morgen. Vor allem das Gebot der richterlichen Unabhängigkeit ist bei allen gegensteuernden Maßnahmen strikt zu beachten. Das scheint am Landgericht Kiel gelungen zu sein. Der schlichte Ruf nach mehr Richterstellen wird der Komplexität des Problems auf jeden Fall nicht gerecht. Vor allem geht es nicht an, dass hausgemachte Organisationsdefizite eines einzelnen Gerichtsstandortes im Land dadurch honoriert werden, dass gezielt für dieses Gericht auf Dauer mehr Richterpersonal eingestellt werden soll. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die FDP-Fraktion hat nun Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki das Wort.

(Barbara Ostmeier [CDU]: Ich hoffe, dass die Ministerin das anders formulieren kann!)

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! An sich wollte ich meine Rede zu Protokoll geben. Das Problem besteht nur darin, dass mir beim Lesen des Antrags nichts einfiel, was ich schriftlich hätte zu Papier bringen können.

(Heiterkeit SPD)

Aber nachdem ich jetzt hier einige doch inhaltsschwere Beiträge gehört habe, kann ich dazu auch noch etwas sagen, weil ich wirklich finde, dass ein solcher Antrag nicht ins Plenum des Schleswig-Holsteinischen Landtags gehört - bei allem Ernst. Frau Kollegin Ostmeier, dieser Antrag kontrastiert in unglaublichem Maße zu Ihren früheren Bemühungen, eine sich **autonom verwaltende Justiz** im Land zu etablieren,

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

weil die Zuweisung von Richterinnen und Richtern an bestimmte Gerichte mit Sicherheit nicht Aufgabe des Schleswig-Holsteinischen Landtags ist; diese Form der Einmischung ist uns von Verfassungs wegen verwehrt. Wir können die Ministerin nur bitten oder über Haushaltsanträge der Justiz insgesamt mehr Personal für die einzelnen Gerichtszweige zur Verfügung stellen. Aber was dann damit passiert, entscheiden im Zweifel sowohl das Justizministerium als auch - was die Zuordnung zu Straf- oder Zivilkammern angeht - die jeweiligen Präsidien der

(Wolfgang Kubicki)

jeweiligen Gerichte. Dort haben wir keine Möglichkeit, durch Parlamentsbeschluss einzugreifen. Das würde das Gebot des gesetzlichen Richters gemäß Artikel 103 unserer Verfassung schlicht und ergreifend aushebeln.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Bemerkung?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Jederzeit und gern. Jederzeit und gern beantworte ich Ihnen Ihre Fragen.

Barbara Ostmeier [CDU]: Ich habe gar keine Frage, ich möchte nur ein Statement dazu abgeben. Ich werde mich unterstehen, Ihnen dazu Fragen zu stellen, die Ihnen noch mehr Gelegenheit geben, Ihr profundes Wissen hier auszubreiten.

- Das mache ich gern.

Ich lasse mich aber auch nicht davon abhalten. Ich kritisiere das auch gar nicht. Sie haben auch recht, in der Justiz gibt es viele Meinungen. Ich nehme für mich weiterhin in Anspruch, dass ich Anträge stelle, wenn ich glaube, dass ich diesen Impuls setzen möchte. Ich möchte nicht abwarten, was das Ministerium vielleicht gedenkt zu tun, und ich glaube nicht, dass dieser Antrag verfassungswidrig ist, auch wenn Sie ihn gern als solchen darstellen wollen.

(Beifall CDU)

- Sehen Sie, Frau Ostmeier, das Entscheidende ist: Wir sind hier nicht in der Kirche, wo es um Glauben geht, sondern wir sind schlicht und ergreifend bei der Frage,

(Barbara Ostmeier [CDU]: Ach!)

wie bestimmte Rechtsnormen unseres Staates auszulegen sind. Das Parlament ist mit Sicherheit nicht von Verfassungs wegen berufen, die konkrete Zuweisung von einzelnen Richterinnen und Richtern an bestimmte Gerichte vorzunehmen. Das ist das, was Sie hier gerade vorschlagen. Ich empfehle Ihnen etwas, das meine ich jetzt ernst: Ich bin der Auffassung, dass Sie jeden Antrag stellen können, den Sie stellen wollen. Das ist der Sinn der Veranstaltung. Aber Sie müssen sich auch die entsprechende Antwort auf die Anträge gefallen lassen. Auch das ist der Sinn der Veranstaltung.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Christopher Vogt [FDP])

Was Sie hier vorschlagen, ist sozusagen eine fliegende **Hilfsstrafkammer**. Ich empfehle Ihnen dringend, sich einmal die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zu Hilfsstrafkammern zu Gemüte zu führen.

(Barbara Ostmeier [CDU]: Wir haben doch eine!)

- Ja, aber nach einer bestimmten Dauer der Hilfsstrafkammer darf sie nicht mehr judizieren, dann werden die Entscheidungen aufgehoben, weil - noch einmal - der **Artikel 103 des Grundgesetzes** den **gesetzlichen Richter** vorschreibt und die Hilfsstrafkammern im Zweifel nur Notlösungen sind, die eigentlich den gesetzlichen Richter schlicht und ergreifend aushebeln.

Aber darauf will ich gar nicht weiter eingehen. Wenn wir im Parlament dazu übergehen, für jedes einzelne Amtsgericht zu definieren, was dort an Richterstellen vorhanden sein soll, für jedes Landgericht zu definieren, was dort an Richterstellen vorhanden sein soll, wo wir auch noch unterschiedliche Auffassungen haben, warum das so ist, dann gnade diesem Parlament in seinen Plenartagungen Gott, denn, wie gesagt, dann kommen wir kaum zu anderen Dingen.

Ich empfehle auch wirklich, sich einmal die **Ursachen** anzuschauen. Einiges ist dazu gesagt worden. Ich verteidige in Wirtschaftsstrafsachen. Wir haben in Kiel ein Großverfahren, bei dem sich selbst die Gutwilligen mittlerweile fragen müssen - sowohl aufseiten der Staatsanwaltschaft wie aufseiten des Gerichts -, ob einmal jemand den § 154 Strafprozessordnung im Kopf hat, weil es keinen Sinn bei 22.000 potenziell Geschädigten macht, alle 22.000 hören zu wollen. Dass man bei so einem Vorgang 200 Verhandlungstage „verbraucht“, ist auch kein Ausweis der Qualität von staatsanwaltschaftlichen Berichten.

(Beifall Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es kommt hinzu, dass an anderen Stellen bedauerlicherweise gespart worden ist, was die Hauptverhandlungen bei solchen Verfahren in die Länge zieht, unabhängig von der Komplexität der Materie. Wir haben beim **Landeskriminalamt** und bei den **Staatsanwaltschaften** schlicht und ergreifend in der Vergangenheit **gespart**, mit der Folge, dass die Ermittlungsintensität, also die Vorbereitung der Hauptverhandlung, nicht mehr so ist wie in den ver-

(Wolfgang Kubicki)

gangenen Jahren und sehr viel in der Hauptverhandlung nachgeholt werden muss, was vorher hätte erledigt werden können.

Auch hier geht mein Appell an die Staatsanwaltschaft, gelegentlich über § 154 StPO nachzudenken. Denn wenn die weiteren Taten nicht mehr ins Gewicht fallen, weil sie vom Strafmaß kaum noch etwas ausmachen, macht es keinen Sinn, mehrere Hauptverhandlungstage damit zu verbringen, weitere Aufklärung zu betreiben, die sich im Ergebnis nicht niederschlägt. Ein **effektives Prozessmanagement** bei **Staatsanwaltschaft und Gericht** würde auch die Strafverteidiger entlasten, die in der Hauptverhandlung durch Beweisanträge sehr viel nachholen müssen, was vorher nicht erledigt worden ist.

Bei aller Kritik, die man an der **Personalausstattung** der **Justiz** üben kann - es gibt Bereiche, in denen tatsächlich nachgerüstet werden muss; das gilt für den Bereich der Staatsanwaltschaft, das gilt aber auch für die polizeiliche Ermittlung. Wir brauchen auch im LKA Leute, die dort länger bleiben und nicht alle zwei Jahre wechseln, die in die Materie eingearbeitet sind und entscheiden können, was wichtig ist und was nicht wichtig ist.

Lassen wir die Finger davon, bei einzelnen Gerichten zu versuchen, mit der Zuweisung von Richtern

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Ihre persönliche Sorge zu befriedigen, aber der Justiz insgesamt keinen Gefallen zu tun. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die Fraktion der PIRATEN hat der Abgeordnete Dr. Patrick Breyer das Wort.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Wenn schwere Straftaten serienweise verjähren, weil die Justiz nicht hinterherkommt in der Bearbeitung, ist das in einem Rechtsstaat nicht akzeptabel. Die Bürger wollen, dass Straftaten verfolgt werden. Vor allem ist mir wichtig: Es darf auch nicht der Eindruck entstehen, die Großen lasse man laufen,

(Beifall PIRATEN und Wolfgang Kubicki [FDP])

wenn man in der Presse liest, dass Anklagen wegen Wirtschaftskriminalität zum Beispiel von Sparkassenchefs oder eines Telekommunikationsunternehmens zu verjähren drohen, weil die Justiz nicht hinterherkommt.

Falsch ist es andererseits auch zu behaupten - wie es leider auch der Richterbund in seiner aktuellen Pressemitteilung tut -, das Internet sei ein rechtsfreier Raum - die Aufklärungsquote und Verurteilungssstatistik widerlegen das komplett -, oder die Justiz sei am Rande ihrer Möglichkeiten. Das halte ich für unnötigen Alarmismus.

Richtig ist natürlich, dass eine **personelle Verstärkung** der **Justiz** wünschenswert wäre. Die Zahlen zeigen, dass wir in einigen Bereichen durchaus eine Unterdeckung haben.

(Beifall Barbara Ostmeier [CDU])

Frau Kollegin Ostmeier, dennoch kann Ihr konkreter Vorschlag von mir ebenso wenig befürwortet werden wie von den Richterverbänden selbst. Wenn Sie die Pressemitteilung lesen, werden Sie das feststellen. Der Vorschlag ist, zusätzliche Richterstellen zu schaffen, um am Landgericht Kiel vorübergehend eine zusätzliche Strafkammer einzurichten.

Richtig ist zwar, dass die Zahl der **unerledigten Großverfahren** hier am Landgericht natürlich besorgniserregend ist. Das ist überhaupt keine Frage. Aber - da stimme ich meinem Vorredner zu - um diesem Problem zu begegnen, können wir doch nicht an den Symptomen werkeln, statt an der Ursache anzusetzen.

(Barbara Ostmeier [CDU]: Das kann doch beides stattfinden!)

Da gilt, was der Kollege Thomas Rother gesagt hat: Jetzt Rückstände abzubauen, führt nicht weiter, wenn sie nach der begrenzten Maßnahme sofort wieder auflaufen würden. Deswegen hat der Vorstand der Rechtsanwaltskammer, den ich um Stellungnahme gebeten habe, gesagt: Bevor über eine geeignete Reaktion nachgedacht wird, sollte der Missstand feststehen und dessen **Ursache** erforscht sein. - Dem kann ich nur zustimmen.

(Barbara Ostmeier [CDU]: 2013 sind wir nicht weitergekommen!)

Auch mich hat es überrascht, dass dazu jetzt ein Plenarantrag eingereicht wird, denn wir beschäftigen uns seit Langem damit im Ausschuss und können feststellen, dass die Maßnahmen, die bereits erläutert worden sind, immerhin dazu führen, dass die Zahl der unerledigten Verfahren und die Rück-

(Dr. Patrick Breyer)

standsdauer bei den Strafkammern am Landgericht Kiel seither abgenommen haben.

Der Kollege Burkhard Peters hat schon referiert, was die Arbeitsgruppe, die dazu eingesetzt wurde, an konkreten Maßnahmen vorgeschlagen hat, bis hin zur Einführung einer digitalen Zweitakte. Vor dem Hintergrund sind **Maßnahmen der Organisation und der Personalentwicklung** erforderlich, um zu einer nachhaltigen Lösung des Problems zu kommen.

Zum Zweiten pflichte ich dem Kollegen Kubicki ausdrücklich bei, dass der Vorstoß kontraproduktiv ist, weil wir dadurch in die Abläufe der Justiz eingreifen würden, deren Autonomie wir doch gerade stärken wollen, Frau Kollegin Ostmeier. Es liegt doch aus guten Gründen in der Hand der Justiz, den Personalbedarf zu bestimmen, zu bemessen und aufzuteilen. Die Justiz hat auch reagiert, sie nimmt Rücksicht auf besondere Belastungen. Deswegen glaube ich, dass hinsichtlich der jetzt noch anstehenden Belastungen die Frage wie man darauf zu reagieren hat, am besten bei der Justiz aufgehoben ist.

Richtig ist - auch das muss man zugestehen -, dass andere Gerichtszweige und vielleicht auch andere Gerichtsinstanzen als die ordentliche Gerichtsbarkeit und die Landgerichte sicherlich eine personelle Verstärkung nötiger hätten, wenn wir uns die Zahlen angucken - ganz abgesehen von der Staatsanwaltschaft, wo die Unterdeckung am größten ist.

Schließlich - auch das ist zu Recht vom Kollegen Rother angesprochen worden -, wenn Sie fordern, zusätzliche Stellen zu schaffen, ohne gleichzeitig zu sagen, wie die finanziert werden sollen, machen Sie es sich zu leicht - so wünschenswert das ist. Solange wir nicht wissen, wie Sie das gegenfinanzieren wollen - dazu haben Sie Gelegenheit in den Haushaltberatungen -, ist es nicht möglich, eine Antwort darauf zu geben, ob wir dem zustimmen wollen.

Wie meine Vorredner bin auch ich dafür, die weitere Entwicklung im Innen- und Rechtsausschuss zu verfolgen. Dort ist das Thema definitiv besser aufgehoben. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für den SSW hat der Abgeordnete Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Justizministerin **berichtete** dem **Innen- und Rechtsausschuss** mehrmals über die Situation der Strafkammern in Kiel: am 27. Februar 2013, 25. Juni 2013, 27. März 2014 und zuletzt am 19. Januar dieses Jahres. Ihre Berichte sind öffentlich zugänglich und per Mausklick im Landtagsinformationssystem zugänglich. Wir diskutieren hier über die Situation der Strafkammern und kennen deren Ausgestaltung genau. Es ist bekannt, wie viele Strafsacheneingänge die Kammern haben und wie viele davon erledigt werden konnten. Alle Zahlen liegen vor. Das ist eine Transparenz, die ich mir in allen Bereichen wünschen würde.

Der Befund der Justizministerin ist dabei eindeutig und könnte folgendermaßen zusammengefasst werden: Ja, es ist schwierig, aber langsam entspannt sich die Lage. Die Belastungsspitzen aufgrund von besonders umfangreichen Wirtschaftsverfahren werden in absehbarer Zeit zurückgehen.

Über diese Informationen vor dem Ausschuss hinaus liegt die Antwort auf eine **Kleine Anfrage** der CDU vor, die ausführlich Situation und Entwicklungsperspektiven der Strafkammern beschreibt. Auch das, Frage und Antwort, sind öffentlich zugänglich und barrierefrei zu erhalten. Die Landesregierung kommt ihrer Informationspflicht nach - und das möchte ich betonen -, nicht nur dem Parlament, sondern auch der Öffentlichkeit gegenüber. Das ist wirklich eine riesige Transparenz.

Es ist das gute Recht der Opposition, noch mehr Informationen einzufordern. Allerdings sollte dies mit Augenmaß geschehen. Ich finde es unglaublich, wenn einem enorm angespannten Bereich - das ist nach Darstellung der Justizministerin die Lage am Landgericht Kiel - mutwillig noch mehr Arbeit aufgebürdet wird. Genau das kommt dabei heraus, wenn zweimal im Jahr neue Berichte gefertigt werden müssen; schließlich müssen die Daten in einem separaten Arbeitsgang erhoben und interpretiert werden. Auch das kostet Zeit, die das Landgericht Kiel eigentlich nicht hat.

Darüber hinaus stellt sich die Frage, welchen Gewinn zusätzliche Informationen bringen können. Schließlich meint die antragstellende Fraktion schon das Rezept für den beschleunigten Bestandsabbau in der Tasche zu haben: Der erste Teil des Antrags fordert die Einrichtung einer **zeitlich befristeten Großen Strafkammer**. Das soll die Belastungsspitzen abfedern; gemeint ist wohl: soll die Verfahrensdauer beschleunigen. Dabei soll es aus-

(Lars Harms)

drücklich keine Umbesetzung aus dem Bestand geben. Wie die genaue Ausgestaltung aussehen soll, ob nach Vorstellung der CDU Zeitverträge geschlossen werden sollen, ist offengelassen worden, wohl auch, weil man genau weiß, dass das gar nicht geht.

Allerdings ist völlig klar, dass die Neueinrichtung einer Strafkammer zwingend Neueinstellungen nach sich ziehen wird, und das ist haushaltsrelevant. Warum stellt die CDU ihren Antrag nicht im Rahmen der **Haushaltsberatungen**? Das wäre der richtige und angemessene Weg gewesen, um die Kosten für Neueinstellungen in die Verhandlungen einzubringen. Mit dem vorliegenden Antrag macht sich die antragstellende Fraktion einen schlanken Fuß - Gegenfinanzierung: Fehlanzeige!

(Barbara Ostmeier [CDU]: Sie machen sich einen schlanken Fuß!)

Der Antrag müsste eigentlich im Rahmen der Haushaltsberatungen beraten werden, damit die CDU noch ihre **Gegenfinanzierungshausaufgaben** machen kann. Das wollen wir ihr durchaus zugestehen. Denn ohne seriöse Gegenfinanzierung Ihrer Vorschläge kann man den Antrag nur ablehnen.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Der Kollege Garg hat natürlich recht, formal wäre auch selbst das der falsche Weg, denn auch das wäre ein Eingriff in die Autonomie der Justiz, das ist klar.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege!

Lars Harms [SSW]:

Aber die CDU könnte ja den Antrag stellen, mehr Stellen zur Verfügung zu stellen. Sie könnte eine Gegenfinanzierung vorschlagen und sagen, wie sie das im Rahmen des **Stellenabbaupfades** realisieren will. Aber genau das ist das, was die CDU nicht macht. Das ist eigentlich das Traurige, dass Oppositionsarbeit von der Opposition selbst nicht mehr ernst genommen wird. Das ist wirklich schade.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, ich könnte Sie jetzt fragen, ob Sie eine Bemerkung des Abgeordneten Kubicki zulassen.

Lars Harms [SSW]:

Ich war so in Rage - selbstverständlich.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Ja, das hat man gemerkt. - Herr Kubicki, bitte.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich kann das nachvollziehen. Aber vielleicht kommen wir einmal wieder runter auf den Teppich - also emotional.

Lars Harms [SSW]:

Wir beide immer.

- Ich bemühe mich da auch. Herr Kollege Harms, sind Sie der Auffassung - ich muss ja die Frage so formulieren -, dass der Schleswig-Holsteinische Landtag befugt ist, darüber zu beschließen, wie viele Zivil- und Strafkammern an den jeweiligen Gerichten eingerichtet werden, oder ist das nicht schlicht und ergreifend der Entscheidungsprärogative des Präsidiums eines jeweiligen Gerichts vorbehalten?

- Lieber Kollege Kubicki, ich habe gerade eben schon einmal darauf hingewiesen, dass ein solches Ansinnen ein Eingriff in die unabhängige Justiz wäre. Wir sind da also der völlig gleichen Auffassung.

(Zuruf Barbara Ostmeier [CDU])

Das Ding ist, ich habe gerade noch einmal deutlich gemacht, wenn die CDU ihren eigenen Antrag ernst nehmen würde, dann hätte sie zumindest die Courage, einen Antrag in die Haushaltsberatungen einzubringen, wo für die gesamte Justiz möglicherweise dann Stellen erhöht werden, sie sagen würde, wie sie das gegenfinanzieren möchte, und darstellt, wie sie das im Stellenabbaupfad darstellen möchte. Das ist das, was ich kritisiert habe, dass die CDU das nicht gemacht hat. Von Ihnen bin ich natürlich gewohnt, dass Sie solche Vorschläge dann auch entsprechend untermauern. Bei der CDU geschieht das derzeit nicht. Das ist schade.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Abgeordneten Dr. Breyer?

Lars Harms [SSW]:

Logisch, klar. Das wird hier ja doch noch ein netter Mittag.

(Heiterkeit)

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Herr Kollege Harms, würden Sie mir zustimmen, dass wir doch schon so fair sein sollten zu sagen,

(Lars Harms)

dass der Antrag der CDU-Fraktion nicht vorsieht, irgendwo Stellen einzurichten, sondern dafür die Grundlagen zu schaffen, das heißt offensichtlich auf eine insgesamt Personalstärkung abzielt, und dass es durchaus möglich wäre, mehr Stellen zu schaffen, die dann später wieder abgebaut werden, dass es aber inhaltliche Gründe sind, derenwegen wir diesen Vorstoß ablehnen?

- Lieber Kollege Breyer, Sie können der CDU alle möglichen guten Absichten unterstellen. Ich erwarte, dass man, wenn man Oppositionsarbeit macht, konkret vorstellt, wo die Stellen herkommen sollen, wie sie finanziert werden sollen und wie sie in den Stellenabbauplan eingebaut werden sollen. Denn von uns als Regierende verlangt man das zu Recht auch, und wir tun das selbstverständlich auch, indem wir einen Haushaltsplan vorlegen. Das ist das, was ich erwarte.

(Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ansonsten finde ich es gut, dass Sie ein guter Mensch sind und auch bei anderen Parteien immer gute Absichten vermuten.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Nun gibt es den Wunsch der Kollegin Ostmeier, sich noch einmal zu dem Thema zu äußern. Ich frage, ob Sie diese Zwischenfrage oder -bemerkung zulassen.

Lars Harms [SSW]:

Selbstverständlich.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Ostmeier, bitte.

Barbara Ostmeier [CDU]: Ich möchte nur noch eine Bemerkung dazu machen. Ich finde es schon enorm, dass Sie hier Antworten geben und selber signalisieren, dass Sie den Antrag offensichtlich weder verstanden haben noch verstehen wollen. Danke.

Lars Harms [SSW]:

Also, es waren ja nur ein paar wenige Zeilen, liebe Kollegin. - Ich antworte Ihnen trotzdem, auch wenn Sie sich schon hingesezt haben. Ich habe den Antrag verstanden, ich habe nur nicht verstanden, warum Sie ihn nicht mit konkreten Maßnahmen un-

terfüttern wollen. Das ist - wie gesagt - das, was ich erwarte.

(Vereinzelter Beifall SSW und SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Jetzt hat für die Landesregierung die Ministerin für Justiz, Kultur und Europa, Anke Spoorendonk, das Wort.

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich versuche einmal einen Einstieg. Ich habe die Debatte so wahrgenommen, dass wir uns alle dahin gehend einig sind, dass die **Verteilung des Gesamtpersonals** auf die einzelnen Gerichte von den **Gerichten autonom entschieden** wird.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN] und Uli König [PIRATEN])

Wir sind uns einig, dass dies alles völlig frei und unabhängig von der Einflussnahme der Landesregierung passiert und dies alles unserem Verständnis vom Umgang mit der dritten Gewalt entspricht. Das habe ich so wahrgenommen, und das ist schon einmal gut so.

Dann habe ich weiter wahrgenommen, dass alle gewürdigt haben, dass ich unaufgefordert im Januar dieses Jahres dem Innen- und Rechtsausschuss berichtet habe, welche **Maßnahmen** wir in Bezug auf das Landgericht Kiel ergriffen haben. Ich habe damals im Innen- und Rechtsausschuss dargelegt, dass wir anhand der Bestandszahlen einen positiven Trend wahrnehmen und habe im Detail dargestellt, dass sowohl bei den allgemeinen Strafkammern als auch bei den Wirtschaftsstrafkammern die durchschnittliche Bearbeitungsdauer gesunken ist.

Das ist nicht verwunderlich, auch das haben Sie alle begriffen, denn wir haben vonseiten des Justizministeriums bereits Anfang 2013 reagiert und eine **justizinterne Arbeitsgruppe** mit dem Auftrag eingerichtet, die Situation der Strafkammern in Schleswig-Holstein zu analysieren und Handlungsempfehlungen zu erarbeiten. Ich habe damals auch daran erinnert, dass wir durch personelle Maßnahmen dem Landgericht Kiel - auch das haben Sie alle begriffen - es ermöglicht haben, zum Sommer 2013 eine zusätzliche Wirtschaftsstrafkammer einzurichten und den Personaleinsatz bei den Strafkammern um mehr als zwei Arbeitskraftanteile aufzustocken.

(Ministerin Anke Spoorendonk)

Außerdem - das geht aus meinem Bericht damals hervor - konnte das Landgericht Kiel mit Mitteln in Höhe von 30.000 € aus dem Investitionsprogramm PROFI B unter externer Beratung ein Konzept zur Verbesserung der Effizienz der Strafkammern erarbeiten, was inzwischen vorliegt und umgesetzt worden ist.

Meine Damen und Herren, daher fasse ich zusammen: Der **Trend** am Landgericht Kiel ist eindeutig positiv. Die durchschnittliche Bearbeitungsdauer bei den Strafkammern ist in den letzten zwei Jahren gesunken. Im Geschäftsjahr 2014 sind bei den Strafkammern erstmals wieder mehr Verfahren erledigt worden als eingegangen sind. Im Ergebnis hat das Landgericht Kiel Bestände abbauen können. Wir reden - auch das ist schon gesagt worden - allerdings über Bestände, die nicht von heute auf morgen aufgelaufen sind. Die angespannte Situation der Strafkammern reicht zurück in die Amtszeiten mehrerer Vorgängerregierungen. Ich gebe Ihnen allen recht, dass die **Bestandszahlen**, wie sie in der Antwort auf die Kleine Anfrage der Kollegin Ostmeier im Oktober aufgelistet sind, immer noch nicht restlos zufriedenstellen können. Aber niemand kann doch ernsthaft erwarten, dass sich die Lage von heute auf morgen einfach so bereinigen lässt.

Darum fasse ich noch einmal zusammen: Wir haben die Situation der Strafkammern am Landgericht Kiel in den letzten zwei Jahren intensiv begleitet und die Weichen auch richtig gestellt. Die jüngsten Zahlen geben uns recht. Selbstverständlich werden wir die Entwicklung weiterhin beobachten, und genauso selbstverständlich werden wir dabei auch die Belastungen durch die etwaigen neuen Großverfahren im Blick behalten wie auch die laufende Auswertung der gegenwärtigen PEBB§Y-Erhebung.

Eine letzte Bemerkung: Nicht nur werde ich dem Innen- und Rechtsausschuss gern weiter berichten, sondern ich möchte auch noch einmal anführen, liebe Frau Ostmeier, weil Sie schon mehrfach Ihre Kleine Anfrage hier thematisiert haben: Ich hätte mir gewünscht, dass Sie auch das Kleingedruckte gelesen hätten. Denn Sie fragen nach den zehn ältesten Anklagen der Staatsanwaltschaften an den Landgerichten. Dazu steht in der Beantwortung in einer Fußnote:

„Das Verfahren ist nach Erledigung gegen den Hauptangeklagten nur noch gegen einen Mitangeklagten offen.“

Ich denke, das ist schon etwas anderes als einfach festzustellen, dass das unerledigte Verfahren sind.

Das wäre vielleicht auch noch einmal ein Thema für die Innen- und Rechtsausschusssitzung - wenn man das möchte. Ich glaube aber, es ist alles ausführlich besprochen worden, alle Fragen sind ausführlich beantwortet worden. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, über den Antrag in der Sache abzustimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der CDU-Fraktion. Wer lehnt den Antrag ab? - Das sind die Abgeordneten der FDP, der PIRATEN, des SSW, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist der Antrag in der Drucksache 18/3558 gegen die Stimmen der CDU-Fraktion mit den Stimmen aller anderen Fraktionen im Haus abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zur Abstimmung der Sammeldrucksache. Ich rufe die Sammeldrucksache auf:

Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags

Drucksache 18/3569

Die Voten zu den einzelnen Tagesordnungspunkten, für die eine GesamtAbstimmung nach § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung vorgesehen ist, entnehmen Sie bitte der Ihnen vorliegenden Drucksache 18/3569. Voraussetzung für die Abstimmung ist, dass keine Abgeordnete oder kein Abgeordneter widerspricht. - Das ist offenbar der Fall.

Wer mit der Übernahme der Empfehlungen entsprechend der Sammeldrucksache einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Vielen Dank. Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist auch dieses einstimmig so beschlossen.

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende dieser Tagung angelangt. Ich gebe Ihnen bekannt, dass die 38. Tagung des Landtages am Mittwoch, dem 16. Dezember 2015, um 10 Uhr, beginnen wird. Ich wünsche Ihnen allen bis dahin eine gute Zeit. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 12:31 Uhr